Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn in der 43. Woche vom 20. bis 26. Oktober 800 000 000 M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 155 000 000 M. Einzelnummer 150 000 000 M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schlüsselzahl. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 80 M., die 90 mm breite Reklamezeile 300 M., für auswärtige Anzeigen 160 und 400 M. Schlüsselzahl: 2 000 000. Familienanzeigen Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 M.

Nr. 247 | Dresden, Montag den 22. Oktober 1923 | 34. Jahrg.

Bayerns Spiel mit der Reichseinheit

Die bayrische Reichswehr unter Kahrs Befehl — Truppeneinmarsch in Sachsen

Es war vorauszusehen, daß der neueste Konflikt zwischen Bayern und dem Reich mit einer neuen Niederlage des Reiches enden würde. Reichswehrminister Geßler aber wird immer noch behaupten, die Reichswehr stehe fest hinter ihm. Er hat versucht, den Kommandeur des bayerischen Wehrkreises, Herrn v. Lossow, von seinem Generalsposten abzuberufen, weil er seine Pflichten gröblich vernachlässigte, die Befehle seiner Berliner Dienstbehörde nicht ausführte. Da tritt Herr v. Kahr dazwischen und erklärt: Der General bleibt! Das bayerische Gesamtministerium erläßt darauf einen Aufruf gegen das Reich und teilt mit, daß der bayerische Teil der Reichswehr von der Münchner Regierung als Treuhänderin des deutschen Volkes in Pflicht genommen und General v. Lossow als bayerischer Landeskommandant mit der „Weiterführung der bayerischen Division" beauftragt wurde. In ein richtigeres Deutsch übertragen heißt das: Wir in München pfeifen auf die Reichsgesetze! Wir pfeifen auf das Reich! Wir pfeifen auf die Reichsregierung! Wir machen, was wir wollen; ihr könnt uns sonst was! Und was tut das Reich auf diese unerhörte Brüskierung hin? Es beantwortet den bayerischen Aufruf mit einem Gegenaufruf und strebt dann tapfer, unentwegt und beharrlich einem Kompromiß zu, der für das Reich zur Niederlage, für Bayern zum Triumph werden muß. Aus Berlin wird amtlich gemeldet:

(Sonntag abend.) **Die durch das gestrige bayerische Vorgehen geschaffene Lage hat eine entschiedene Entspannung erfahren. Eine neue Vereidigung der Truppen der 7. (bayerischen) Division hat nicht stattgefunden und ist nicht geplant. Dem Vernehmen nach wird beabsichtigt, die verschiedenen, in der letzten Zeit zutage getretenen gegensätzlichen Auffassungen zwischen dem Reiche und Bayern zum Gegenstand der Erörterungen in einer Sitzung des Reichsrats zu machen, um einen den Interessen des Reichs, Bayerns und der übrigen Länder gerecht werdenden Ausgleich zu ermöglichen.**

Welchen „Ausgleich" soll denn der Reichsrat schaffen? Lossow hat gemeutert und meutert weiter; die bayerische Regierung hält den meuternden General in Amt und Würden und bricht die Verfassung zum soundsovielten Male in einer offenkundigen Weise. Sie erklärt weiter, daß sie Herrn von Lossow unter keinen Umständen abberufe, daß sie den schon ernannten Nachfolger, Herrn von Kressenstein, auf keinen Fall in sein Amt eintreten lasse! Ein Ausgleich kann hier nur ein schimpfliches Nachgeben bedeuten. **Ein Nachgeben der Reichsregierung aber läuft auf eine Nichtachtung der Verfassung und der Gesetze durch die Reichsregierung hinaus.** Laut Verfassung hat die Regierung des Reiches die Pflicht, die Verfassung zu schützen und die Gesetze des Reiches zu wahren. In Blättern, wie dem Dresdner Anzeiger, wird schon angedeutet, worauf der „Ausgleich" hinzielen soll: Bayern möchte die Reservatrechte wieder haben, die es vor der Weimarer Verfassung besaß, und in der Reichsregierung spielt man bereits mit dem Gedanken, Bayern diese Reservatrechte wieder zu geben.

Man ist sich hoffentlich in Berlin darüber klar, was eine solche Verfassungsänderung bedeuten müßte, denn auch andre Gliedstaaten haben Bedürfnis nach Reservatrechten, sobald die einmal zur Debatte gestellt werden. Aber daß man heute überhaupt mit diesem Gedanken liebäugelt, ist die schwerste Verurteilung der Politik, mit der sämtliche Reichsregierungen der letzten drei Jahre einer Lösung der ewigen Konflikte zwischen München und Berlin aus dem Wege gingen. Warum sollen Münchner Regierungen die Verfassung noch respektieren, wenn nach jeder solcher Brüskierung des Reiches die bayerische Reaktion recht behält! Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst meint, daß „im Augenblick" eine militärische Aktion gegen Bayern nicht in Frage komme, weil unsre wirtschaftliche und politische Gesamtlage eine restlose Zusammenziehung der militärischen Streitkräfte zu einem Kampf gegen Bayern nicht gestatten: „Deshalb dürfte dem Reich vorläufig nichts andres übrig bleiben, als seine Grenzen gegen Bayern durch Entsendung entbehrlicher Truppenteile zu sichern, im übrigen aber den Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete durch Sperrung jeder Zufuhr von Nahrungs- und Produktionsmitteln zu führen."

Wir glauben nicht, daß sich die Regierung Stresemann auch nur zu solchen wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die Verfassungsbrecher um Kahr aufraffe. Es bliebe dann nur eins übrig: nicht die Münchner Regierung, sondern das bayerische Volk zu fragen, ob es beim Reich verbleiben will oder nicht! Wenn das Reich die Verfassung in Bayern nicht durchsetzen kann, so ist der Gedanke durchaus nicht mehr so undiskutabel, den die Leipziger Neuesten Nachrichten vor einiger Zeit unterstrichen: daß eine reinliche Scheidung zwischen Bayern und dem Reich dieser ewigen Verletzung der Verfassung und der Interessen des deutschen Volkes vorzuziehen sei.

Gewiß, diese Perspektive ist für den deutschen Einheitsgedanken traurig, aber hauptschuldig an dieser Entwicklung sind die bürgerlichen Parteien, die sich bis heute zu einem wirklichen Kampfe für die Weimarer Verfassung nicht aufzuschwingen vermochten. Dieser Schlendrian, diese Halbheit und Flauheit der Mittelparteien hat dahin geführt, **daß die Gefahr des Zerfalls Deutschlands immer drohender wird.** Wie soll ein Reich noch den moralischen Kredit haben, ohne den es schwerlich bestehen kann, wenn Einzelstaaten so unterschiedlich behandelt werden, wie etwa der sächsische Freistaat und das Kahrsche faschistische Dorado. In Bayern wären die Reichswehrtruppen des Herrn Geßler notwendig, um einen meuternden Landesteil zur Ordnung zu rufen — und in Sachsen sind sie. Die Reichswehrverstärkungen in Sachsen werden der sächsischen Regierung gegenüber als Grenzschutz gegen Bayern ausgegeben, **während sich General Müller in Aufrufen übt, die eine ganz andre Sprache sprechen.** Herr Müller tut, als müßte er in Sachsen Ordnung schaffen, während die Reichsregierung in Bayern die reichszerstörerische Anarchie ruhig weiterfressen läßt. Ebenso wie der Vorwärts wendet sich auch der Sozialdemokratische Parlamentsdienst scharf gegen die Plakatarbeit des sächsischen Reichswehrkommandeurs, bittet aber zum Schluß die sächsischen Genossen in der Gegenwart „zurückzustellen, was eine Vertagung verträgt und mit uns und der Reichsregierung in einer Front jetzt den Kampf aufzunehmen, von dessen Ausgang das Schicksal unsrer Gesamtpartei abhängt, den Kampf gegen die Reichsverderber!"

Die sächsische Sozialdemokratie hat bis jetzt trotz allen Provokationen durch die Reichswehrleitung in einer Weise Zurückhaltung geübt, die auch in Berlin unumwunden anerkannt werden mußte. Führte das Reich wirklich einen Kampf gegen die bayerischen Reichszerstörer, so wären wir die letzten, die räsonierend beiseite ständen. Aber wo bleibt denn dieser Kampf? Bis heute wurde nur eine Art Reichsexekutive gegen den sächsischen Freistaat betrieben, und zwar in einer Weise, daß sich auch ein Teil der ehrlichen demokratischen bürgerlichen Presse scharf dagegen wenden mußte. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft war bis heute das stärkste Bollwerk des deutschen Einheitsgedankens. Aber mit dieser Art, sozialistisch-republikanische Einzelstaaten zu mißhandeln, einen reaktionären aber behutsam anzufassen, und Sonderrechte einzuräumen, **wird die Reichsverdrossenheit auch in sozialdemokratische Kreise hineingetragen.** All den Kreisen, die es angeht, sagen wir hiermit etwas, was wir uns bis heute scheuten auszusprechen: beträchtlichen Teilen dieser sozialdemokratischen Arbeiterschaft erscheint heute der Gedanke eines Zerfalles dieses Deutschlands nicht mehr als derart unerträglich und unausdenkbar wie noch vor wenigen Wochen. Schuld daran trägt eine Politik, die auf breite Kreise der werktätigen Bevölkerung wirken muß wie eine bewußte, vorsätzliche Mißhandlung republikanisch-sozialistischer Landesteile durch das Reich.

Aufruf der Reichsregierung

Berlin, 20. Oktober. Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf:

An dem Tage, an dem die deutschen Vertreter im Auslande den sämtlichen Mächten eine Erklärung über die außenpolitische Lage abgaben, um die Aufmerksamkeit der Welt auf die durch Frankreichs Verhalten geschaffene unerträgliche Not im Rheinlande und im Ruhrgebiet zu lenken, und in der die Zusammenfassung aller Kräfte mehr als je notwendig ist, um gegenüber dem äußeren Gegner fest zu bestehen, hat es die bayerische Staatsregierung für richtig erachtet, einen offenen Verfassungsbruch und innere Kämpfe im Reiche herbeizuführen. Der Ausgangspunkt dieser Kämpfe war die Entscheidung darüber, ob die militärische Disziplin, auf der jede Armee aufgebaut sein muß, auch im heutigen Deutschland Geltung haben soll oder nicht. Der Chef der Heeresleitung konnte nicht dulden, daß klare Befehle, die von ihm gegeben waren, von einem Untergebenen aus politischen Gründen mißachtet wurden. Eine Armee, in der die Ausführung eines Befehls abhängig gemacht wird von politischen Erwägungen, ist kein Instrument zur Aufrechterhaltung der Macht eines Staates nach außen und innen. Gerade die bayerische Staatsregierung, die den Gedanken der Wehrhaftmachung des Volkes wiederholt vertreten hat, müßte sich klar darüber sein, daß die Aufrechterhaltung der Disziplin in der Armee die Grundlage jeder Wehrhaftmachung ist und sein muß. Gerade die bayerische Staatsregierung, die wiederholt in Ausführungen des Generalstaatskommissar v. Kahr die Bewährung des nationalen Gedankens für sich speziell in Anspruch nimmt, müßte sich klar darüber sein, daß national sein vor allen Dingen heißt, in Zeiten der Not Geschlossenheit im Innern zu bewahren und Sonderwünsche und Sonderinteressen dahinter zurückzustellen. Mit dem von dem Generalstaatskommissar v. Kahr in die Oeffentlichkeit geworfenen Gedanken des Kampfes gegen den Marxismus hat die in Rede stehende Frage gar nichts zu tun. Der Chef der Heeresleitung, der Reichswehrminister haben bei ihrem Kampfe für die Autorität in der Reichswehr lediglich für diese Idee, nicht für irgendwelche parteipolitische Einstellungen gekämpft.

Dasselbe gilt von der Reichsregierung, die sich bis zum äußersten bemüht hat, durch weitestgehende Anbahnung von Verständigungsmöglichkeiten jeden Bruch zu vermeiden. Mit Entschiedenheit und Entrüstung weist die Reichsregierung den Versuch des Generalstaatskommissars zurück, die Entscheidung der bayerischen Staatsregierung als den Kampf einer nationalen und christlichen Weltanschauung gegen eine marxistisch-internationale Einstellung hinzustellen. Es ist

Der Vormarsch – in Sachsen

Ueber den Truppeneinsatz im Freistaat Sachsen wird von der sächsischen Reichswehrleitung folgendes bekanntgegeben:

Die zur Wiederherstellung von verfassungsmäßigen Zuständen bestimmten Truppen haben sich planmäßig und ohne jeden Zwischenfall am 21. Oktober unter Führung des Generals Freisch im Raume Königsbrück, Bischofswerda, Dresden, unter Führung des Generals von Lebebur im Raume Leipzig, Eilenburg und unter Führung des Obersten Föhrenbach um Hof versammelt. Bei den Truppen um Hof handelt es sich um württembergische Verbände. Am 22. Oktober haben die Truppen den Vormarsch angetreten. Sie werden an diesem Tage die Gegend Lohmen, die Gegend nördlich Dresdens und Meißens, Naunhof-Wurzen, Oelsnitz-Plauen erreichen. Auf Kavallerie, die in Meißen einrückte, wurde geschossen.

Am 23. Oktober, 10.30 Uhr vormittags, wird der Befehlshaber, Generalleutnant Müller, die an diesem Tage durch Dresden marschierenden Truppen am Neustädter Rathaus an sich vorbeimarschieren lassen. Die Truppen werden durch die Hauptstraße, am Blockhaus vorbei über die Friedrich-August-Brücke, Richtung Altmarkt, marschieren.

Vor einem Aufruf der Regierung

Die sächsische Regierung wird wegen des Einmarsches fremder Reichswehrtruppen morgen früh einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen. Sie wird dabei betonen, daß sie die Maßnahmen des Reiches für politisch höchst bedenklich halte und wird erklären, sie habe bisher an Recht und Verfassung gehalten und werde das auch in Zukunft tun. Sie wird zum Ausdruck bringen, daß sie fest zur Einheit des Reiches stehe. Die Regierung wird die Bevölkerung zur Ruhe und Ordnung auffordern.

Schießerei in Meißen

Meißen, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Als heute vormittag eine Abteilung Reichswehr durch Meißen ritt, wurde aus einem Beamtenhause der Eisenbahn auf das Militär geschossen. Das Feuer wurde erwidert. Das Feuer der Reichswehr hat einige Verwundete zur Folge gehabt. Die Reichswehr hat keinerlei Verluste. Der kommunistische Führer Kuppke wurde verhaftet.

Der Republikanische Reichsbund zur Situation

„Der Landesvorstand Sachsen-Schlesien des Deutschen Republikanischen Reichsbundes erachtet es in der gegenwärtigen Zeit als seine Pflicht, erneut die Treue zur Republik auf das entschiedenste zu betonen. Nur die Republik kann das gegebene Staatsgebilde sein. An die Regierung des Freistaates Sachsen sowohl als auch an die Reichsregierung richtet der Landesvorstand die dringende Bitte, im Interesse des Wiederaufbaues unsres Vaterlandes in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht den die Gemüter aufpeitschenden Streit zwischen dem Reich und Sachsen zu beenden.

Der Vorstand des Landesverbandes verfolgt mit Besorgnis und Bedauern die Zuspitzung der Gegensätze. Er hält sie nicht für unüberbrückbar, wenn beiderseits der Wille zu einer Verständigung besteht. Es ist Republikanern unerträglich, daß die Regierung gegen das zweifelsfrei republikanische Sachsen mit militärischen Mitteln vorgeht, während dem nichtrepublikanischen Bayern gegenüber nichts geschieht."

Diese Entschließung wurde in einer am Sonnabend in Chemnitz stattgefundenen Sitzung des Landesvorstandes beschlossen und ist der Reichsregierung sowohl als auch der sächsischen Regierung zugestellt worden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19231022/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

unerhört, wenn in der Zeit, in der die Reichsregierung die Kräfte des ganzen Volkes braucht zur Erhaltung des Deutschtums gegen den französischen Vernichtungswillen, der Generalstaatskommissar glaubt, die Brandfackel der Zwietracht in das deutsche Volk dadurch hineinwerfen zu können, daß er davon spricht, es handle sich letzten Endes um die Frage: hie deutsch oder nichtdeutsch! Es gibt innerhalb der Reichsregierung und innerhalb der Millionen von Volksgenossen, die hinter ihr stehen, niemand, der den Kampf, um den es sich handelt, anders als unter deutschem Gesichtspunkt ansieht. Im Kampfe um die Erhaltung der Reichseinheit fordern wir alle Deutschen auf, den Erregern der Zwietracht entgegenzutreten im Kampfe für das einzige, was uns gegenüber der uns angedrohten Vernichtung des deutschen Volkes geblieben ist: für das Deutsche Reich und für die deutsche Einheit.

* *

Befehl an die Reichswehr

Berlin, 21. Oktober. Der Chef der Heeresleitung, General der Infanterie v. Seeckt, erläßt folgenden Befehl:

An das Reichsheer!

Die bayerische Regierung nimmt die Truppen der 7. (bayerischen) Division in Pflicht und ernennt den vom Reichswehrminister seiner Dienststelle enthobenen Divisionskommandeur v. Lossow überzeitig zum Landeskommandanten und Divisionskommandeur.

Der Schritt der bayerischen Regierung ist ein gegen die Verfassung gerichteter Eingriff in die militärische Kommandogewalt. Wer dieser Anordnung der bayerischen Regierung entspricht, bricht seinem dem Reiche geleisteten Eid und macht sich des militärischen Ungehorsams schuldig.

Ich fordere die 7. (bayerische) Division des Reichsheeres hierdurch feierlich auf, ihrem dem Reiche geleisteten Eid treu zu bleiben und sich den Befehlen ihres höchsten militärischen Befehlshabers bedingungslos zu fügen. Der Reichswehr aller andern Teile des Heeres halte ich mich heute u. d stets für versichert.

v. Seeckt,
General der Infanterie und Chef der Heeresleitung.

•

Bayerische Aufrufe

München, 20. Oktober. Im Laufe des Abends ist folgender Aufruf des Gesamtministeriums an das bayerische Volk erschienen:

An das bayerische Volk!

Reichswehrminister Dr. Geßler hat als Inhaber der vollziehenden Gewalt für Bayern zwar einen militärischen Befehlshaber, aber keinen Zivilkommissar ernannt und dadurch das bereits vorher bestellte Generalstaatskommissariat für Bayern anerkannt. Gleichwohl hat der Reichswehrminister dem General v. Lossow in einer Angelegenheit, die zweifellos zur Zuständigkeit des bayerischen Staatskommissariats gehört, einen Befehl erteilt und dadurch in die Polizeihoheit eingegriffen. General v. Lossow hat sich in der gegebenen schwierigen Lage in loyalster Weise mit der bayerischen Regierung in Verbindung gesetzt, die ihrerseits die Weiterbehandlung der Angelegenheit nach der politischen Seite für geboten erachtete und die Reichsregierung nachdrucksam auf die schweren Folgen einer etwaigen Maßregelung v. Lossows hinwies. Gleichwohl hat der Reichsminister die Angelegenheit rein militärisch betrachtet und den General v. Lossow seines Dienstes enthoben. Die bayerische Staatsregierung konnte diese Maßnahme unmöglich hinnehmen und hat daher im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Bayern und zur Wahrung der bayerischen Belange bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Bayern und dem Reich den bayerischen Teil der Reichswehr ihrerseits als Treuhänderin des deutschen Volkes in Pflicht genommen, den General v. Lossow als bayerischen Landeskommandanten eingesetzt und mit der Weiterführung der bayerischen Division beauftragt. Das bayerische Volk wird diesen auch im wohlverstandenen Reichsinteresse gelegenen Schritt, der zur Wahrung der Würde und des Ansehens Bayerns bei der gegebenen Sachlage unvermeidlich war, zweifellos Verständnis entgegenbringen.

•

Mißhandlung des deutschen Gedankens

München, 20. Oktober. Heute abend hat Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr einige Pressevertreter empfangen und ihnen folgende Erklärung abgegeben:

„Die Vorgänge, die sich in den letzten 48 Stunden auf seiten der Reichsregierung abgespielt haben, waren so unerfreulich, so bedauerlich und unerhört, daß man sich wirklich als Deutscher recht unangenehm berührt fühlte. Die bayerische Regierung kam infolge der nunmehr eingetretenen Entlassung des Generals v. Lossow zu dem einzig möglichen Entschluß, den General v. Lossow ihrerseits zum Landeskommandanten zu ernennen und ihn zu beauftragen, die bayerische Reichswehr auf den bayerischen Staat zu verpflichten. Ein entsprechender Aufruf der bayerischen Regierung an das deutsche Volk wird morgen plakatiert werden. Es ist sehr zu beklagen, daß ein solcher Entschluß getroffen werden mußte, aber die Schuld daran haben diejenigen, die die Beschlüsse der Reichsregierung herbeigeführt haben, und diejenigen Herren, die mit dem Feuer gespielt haben."

Der Generalstaatskommissar hat die Vertreter der Presse, bei der Behandlung der ganzen Angelegenheit den deutschen Gedanken an die Spitze zu stellen und zu erklären, daß das bayerische Vorgehen mit dem Separatismus nichts zu tun habe. Bayern mußte sich in dieser Situation fühlen als der Staat, der berufen ist — im Gegensatz zu marxistischen Einstellungen — die nationale und die deutsche Richtung im Volke und im Reiche zu vertreten.

Es handelt sich nicht um den General v. Lossow und nicht um die Reichswehr, sondern es handelt sich letzten Endes um den großen Kampf der marxistischen internationalen Einstellung gegen die nationale und christliche Volksanschauung. Bayern fühlt sich als Streiter für den großen deutschen Gedanken und seine Haltung hat mit separatistischen oder partikularistischen Bestrebungen nichts zu tun."

•

„Mit Blut und Eisen reinfegen!"

München, 20. Oktober. (Eig. Drahtb.) Das Auftreten Roßbachs in München gestaltete sich zu einer Feier der Hakenkreuzler. Der große Andrang in den Saal des Löwenbräukellers, der mit Dutzenden von Hakenkreuzfahnen und deutschen Kriegsflaggen ausgeschlagen war, machte eine polizeiliche Sperrung notwendig. Unter den Gästen befanden sich der zu Hitler hinübergewechselte deutschnationale Abgeordnete Dr. Roth, ferner sein Freund Pöhner und der Vorsitzende der Vaterländischen Verbände Bayerns, Professor Bauer. Da die Republikschutzgesetze in Bayern außer Geltung sind, sah man auch, frisch von seinem Tiroler Exil zurückgekehrt, den vom Staatsgerichtshof verfolgten Redakteur des Völkischen Beobachters, Dietrich Eckhardt. Der Abend nahm einen militärischen Verlauf. Roßbach richtete eine kurze Mahnung an seine Leute, bereit zu sein bis zur letzten Konsequenz des Kampfes: zum Sterbenkönnen und Sterbenwollen. Die Zeit schreie nach einem York, der heute nur aus Bayern kommen könne. Zum Schluß forderte er das Gelöbnis unverbrüchlicher Treue zum Führer Adolf Hitler. Dieser betonte in seiner Ansprache: „Wir sind Nationalisten und zugleich Sozialisten. Ein freies Volk in einem freien Staat, das ist unser Ziel. Das Verbrechen vom November 1918 muß wieder gutgemacht werden und Deutschland mit Blut und Eisen reingefegt werden. Dieser Tag ist nicht mehr fern. Dann wird der deutsche Kampfbund zur deutschen Armee werden und die Hakenkreuzbewegung aus der Parteigeschichte des deutschen Volkes eintreten in die Weltgeschichte Europas." Mit einem Vorbeimarsch an Hitler vor dem Löwenbräu schloß die Feier.

An die sächsische Arbeiterschaft!

Aus einzelnen Orten Sachsens wird uns mitgeteilt, das Gerücht werde verbreitet, auf der Chemnitzer Konferenz sei der Generalstreik beschlossen worden.

Das entspricht nicht den Tatsachen! Vielmehr ist eine Kommission gewählt worden, die mit den zuständigen Instanzen sofort zu beraten hat, um dann die notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Alle Einzelaktionen sind zu unterlassen!

Weitere Mitteilungen erfolgen durch die Partei und Gewerkschaftsinstanzen.

Bezirksvorstand der V. S. P. D. Ostsachsen
Bezirksausschuß Sachsen des A. D. G. B.

Demokratischer Protest

Gegen den Lügenfeldzug wider Sachsen

Der Vorstand der Demokratischen Partei Zwickau hat nach der Vossischen Zeitung ein Telegramm an den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und die Demokratische Fraktion gerichtet, in dem es heißt:

„Die unverantwortliche Pressehetze gegen das Verhalten weiter Kreise der sächsischen werktätigen Bevölkerung erfordert dringend eine abwehrende Stellungnahme der Partei. Während die an vielen Orten des Reiches vorgekommenen blutigen Krawalle in der Presse nur kurz registriert werden, sind die sächsischen Vorkommnisse, die weit weniger schwerer Art sind, offenbar absichtlich aufgebauscht und entstellt berichtet worden, zu großen Schaden der sächsischen Wirtschaft und Lebensmittelversorgung."

Der Vorstand der Demokratischen Partei Zwickau.
Stadtrat Hassinger, Vorsitzender.

So ähnlich äußerten sich kürzlich das Leipziger Tageblatt und die Zittauer Morgenzeitung. Es ist ein demokratischer Ton und sticht infolgedessen angenehm ab von dem reaktionären Gehaben, dessen sich die demokratische Landtagsfraktion auch in den neuesten Landtagsdebatten befleißigte.

Die Separatisten schlagen los!

Ausrufung der „Rheinischen Republik" in Aachen

Wenn die bayerischen Nationalisten das Reich zerschlagen, können die rheinischen Separatisten nicht untätig bleiben. Gleichsam wie auf Verabredung sind die rheinischen Reichsfeinde mit Bayern zusammen zum entscheidenden Vorstoße vorgegangen. In Aachen ist die „Rheinische Republik" ausgerufen worden. Die Meldungen besagen:

Aachen, 21. Oktober. Einige Tausend Separatisten rückten in der Nacht zum Sonntag hier ein, vereinigten sich mit den hiesigen Separatisten und besetzten früh 4 Uhr alle öffentlichen Gebäude der Stadt. Sodann wurde die Rheinische Republik ausgerufen und eine vorläufige Regierung eingesetzt, die in einer Proklamation die Errichtung der Republik verkündete und der Bevölkerung Lebensmittel und Arbeit versprach, sofern sie ruhig und gehorsam bleibe. An der Spitze der Bewegung soll der Kaufmann Beckers aus Aachen stehen. Belgische Nachrichten behaupten, die Schupo habe bei Besetzung der Gebäude, des Rathauses, Telegraphenamtes usw. keinen Widerstand geleistet.

Aachen, 21. Oktober. Im ganzen Bezirk herrschte seit einigen Tagen gesteigerte Nervosität. Es wurde erklärt, daß die Ausrufung der Rheinischen Republik unmittelbar bevorstehe. Den Sonderbündlern, die in Aachen allein 3000 Feuerwaffen zur Verfügung hätten, habe die belgische Besatzung ihren bewaffneten Schutz zugesagt. Das belgische Militär lag in Alarmbereitschaft, wies alle Arbeiterführer aus, darunter den christlichen Bergarbeiterführer, Landtagsabgeordneter Hasch. Daß der Putsch der Separatisten gelingen konnte, ist auf das Verhalten des belgischen Militärs zurückzuführen. Die Separatisten wollen sich zunächst nach Norden in die belgische Zone wenden, sodann wahrscheinlich in die englische und französische Zone.

•

Regierung und Ruhrgebiet

Der diplomatische Schritt der Reichsregierung bei den Mächten über den Ernst der Lage hat, wie offiziös erklärt wird, in keiner Verbalnote bestanden, sondern in mündlichen Darlegungen der Botschafter und Gesandten.

Die Ruhrunternehmer haben durch ihren Bergbaulichen Verein an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, die sich mit den Möglichkeiten zur Wiederaufnahme der Sachlieferungen beschäftigt. Der Bergbauliche Verein schlägt vor, die Kohlen- und Koklieferungen bis zum 1. April 1924 vornehmen zu wollen, wenn das Reich die von der Zechenindustrie aufzubringenden Sieuerleistungen als Entgeld für diese Lieferungen in Rechnung stellt. Die Reichsregierung hat den Vorschlag angenommen. Nun muß aber, da die Industrie keine Steuern mehr zahlt, der andre Besitz zur Deckung des Einnahmeausfalls herangezogen werden. Nur die Notenpresse noch schneller laufen zu lassen, wäre ein Verbrechen.

Graf Kanitz Reichsernährungsminister? Der Reichstagsabgeordnete Graf Kanitz-Bodangen, ein Sohn des früheren konservativen Abgeordneten, ist aus der Deutschnationalen Partei und der Deutschnationalen Reichstagsfraktion ausgetreten, weil er mit dem Kampfe gegen die Regierung Stresemann nicht einverstanden ist. Graf Kanitz ist Rittergutsbesitzer in Ostpreußen. Er wird als der kommende Ernährungsminister bezeichnet.

Die Gemeindereform

(Referenten! Für den Wahlkampf ausschneiden und aufbewahren!)

I.

Mit der Verabschiedung der Gemeindereform ist in Sachsen eines der wichtigsten Verfassungswerke geschaffen worden. Schon die Tatsache, daß die Reform sofort nach der Revolution begonnen, nach den mannigfachsten Abänderungen aber erst 4 Jahre später beendet werden konnte und auch der Umstand, daß kein Gesetz so leidenschaftlich umstritten wurde wie dieses, zeigt, von welchem Werte das Werk ist. Das gesamte Bürgertum hat nur zu klar erkannt, daß mit der Auswirkung dieser neuen Reform ihm nicht nur ein gründlich Stück Macht, sondern auch ein Stück ideelle Werbetätigkeit und Beeinflussung genommen wird und deshalb in fast allen grundlegenden Zügen des Gesetzes dagegen gestimmt. Worin liegt die Wirkung dieses Verfassungswerkes?

Die Revolution hat die eigenartige Erscheinung gezeitigt, daß sie nicht der letzte Willensausdruck einer organischen Entwicklung wurde, daß der demokratische Gedanke nicht zunächst die unteren Zellen des Staates erfaßte, um sich zum Schlusse in der Staatsspitze selbst durchzusetzen, sondern daß durch die Revolution zuerst die Staatsspitze demokratisiert wurde. Regierung und gesetzgebender Landtag sind durch die Revolution Ausdruck des Mehrheitswillens des Volkes geworden, wohingegen die einzelnen Regierungsorgane vom alten Bureaukratismus und der alten Staatsauffassung beherrscht blieben. Das zeigt sich nirgends deutlicher, als in der Gemeindeverwaltung. Wohl hat die Revolution die gesetzgebenden Körperschaften der Gemeinde dem Volkswillen untergeordnet, aber die Exekutive, die ausführenden Organe, die Gemeindeverwaltung, blieb davon unberührt, sie befindet sich nach wie vor fast ausschließlich in den Händen von Personen, die den sozialen Ideen des neuen sächsischen Staates entweder völlig fremd oder gar feindlich gegenüberstehen. Für den modernen Volksstaat ist aber nichts so sehr von Bedeutung, als daß alle seine Zellen möglichst einheitlich eingestellt sind. Kommt eine der wichtigsten Zellen in Widerspruch mit der Staatsidee oder dem vom Staate ausgehenden sozialen Wollen, dann entstehen Reibungen. Die Gemeinde ist aber eine der wichtigsten Zellen des Staates. In ihr wirken sich alle Reichs- und Landesgesetze aus, in ihr wird der tote Buchstabe eines Gesetzes erst lebendig, wird jedes Gesetz direkt an das Volk gebracht. Ob Steuern, ob Arbeitslosenunterstützung, ob Wohnungswesen, Wohlfahrtspflege oder Kulturfragen, alles wirkt sich unvermittelt in der Gemeinde aus. Dabei ist es von allergrößtem Werte, wer diese Gesetze und Maßnahmen an die Bevölkerung bringt. Die Mehrzahl der bestehenden Gemeindevorstände und Ratsmitglieder sind nun aber Personen, die der alten bürgerlichen Welt- und Staatsverfassung entsprechen, sind Personen, die die sozialen Ideen des neuen Staates nicht als etwas Tragendes, sondern als ein notwendiges Uebel betrachten. Für den neuen Staat mit seiner sozialen Idee ist das unerträglich; denn ein Staat, der nicht dafür sorgt, daß sein Wille unverfälscht an das Volk gelangt, krankt an einem inneren Widerspruch. Die sächsische Regierung mußte also aus innerer Staatsnotwendigkeit heraus, Gesetzgebung, Gesetzesauswirkung und Gesetzesverwaltung einheitlich gestalten.

In den zur Zeit bestehenden Gemeindeverfassungen kommt der Volkswille nur geschwächt und gefälscht zum Ausdruck; denn nach ihnen unterliegen die die Exekutive der Gemeinde ausführenden Bürgermeister, Ratsmitglieder und Gemeindevorstände nicht dem Willen der Gemeindemehrheit, sondern sind mehr oder weniger Regierungsorgane, mit eigenen, selbständigen, weitgehendsten Machtbefugnissen. Das Volk selbst übt in der Gemeinde keine Exekutive aus und muß selbst in der Gesetzgebung seinen Willen mit dem der Bürgermeister, Ratsmitglieder und Gemeindevorstände teilen, und letzten Endes sich ihnen unterordnen. Die Machtstellung der Bürgermeister, Gemeindevorstände und Ratsmitglieder drückt sich nicht nur darin aus, daß sie nach einer bestimmten Amtsdauer auf Lebenszeit gewählt gelten, sondern daß ihnen von Gesetzes wegen eine Reihe von Befugnissen übertragen sind, in die die Gemeindeverordneten nichts dreinzureden hatten.

So sind nach der bestehenden Landgemeindeordnung (§ 62) dem Gemeindevorstand folgende Angelegenheiten übertragen:

a) Allgemeine Fürsorge für die Sicherheit der Person und des Eigentums sowie Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung, insbesondere die Abwehr von Friedensstörung;

b) die Fürsorge für den Bau öffentlicher Wege, Plätze, Wasserläufe und Brücken, ihre Reinigung und etwaige Beleuchtung sowie die Sicherung des freien Verkehrs auf ihnen;

c) in bezug auf Gesundheitspolizei die Maßregeln zur Abwendung von Epidemien und Seuchen, die öffentliche Krankenpflege, einschließlich der Fürsorge zur Rettung Verunglückter, die Beaufsichtigung des Verkaufs von Eßwaren, die Sorge für öffentliche Brunnen, Beseitigung gesundheitschädlicher Stoffe und für das Begräbniswesen, soweit es nicht den kirchlichen Behörden unterstellt ist;

d) Sittenpolizei;

e) Armenpflege;

f) Arbeiter- und Gesindepolizei;

g) Einschreiten gegen unerlaubte Führung von Schießgewehren oder andern Waffen usw.;

h) Baupolizei und Brandversicherungswesen;

i) Feuerpolizei;

k) Gewerbepolizei usw.

Dazu kommt, daß ohne Zustimmung des Gemeindevorstandes oder Bürgermeisters kein von den Gemeindevertretern verabschiedetes Gesetz Rechtsgültigkeit erlangt. Mit diesem Zustand mußte der neue Staat brechen. Es galt, auch in der Gemeindeverfassung den Grundsatz alles durch und für das Volk zur Geltung zu bringen. Dieser Grundgedanke ist in der neuen Gemeindereform in der klarsten und eindeutigsten Weise durchgeführt worden; denn nach dieser neuen Reform liegt nicht nur die Gemeindegesetzgebung, sondern auch die Gemeindeverwaltung völlig in den Händen der vom Volk gewählten Vertreter. Die Gemeindeverordneten beschließen und entscheiden nach dieser Reform über alle Fragen, die sie durch Ortsgesetz nicht freiwillig andern Stellen übertragen. Dieses Recht gilt selbst für die Anstellung von Angestellten und Beamten, sofern das nicht andern Stellen anvertraut wird. (Siehe § 35 bis 46 der neuen Gemeindeverfassung.) Die Bürgermeister und Ratsmitglieder werden ihrer alten Machtbefugnisse entkleidet und nur zum gesetzesvorbereitenden und gesetzesauswirkenden Organ insoweit gemacht, als letzteres durch Ortsgesetz von den Gemeindeverordneten festgelegt wird.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19231022/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Reichswehr-Energie – in Sachsen

Müllers Drohungen

Der Befehlshaber im Wehrkreiskommando IV erläßt folgende Bekanntmachung: „Die Bevölkerung leidet schwer unter dem Mangel der notwendigsten Lebensmittel. Die Not wird nicht beseitigt, sondern gesteigert durch Plünderungen von Verkaufsstellen, von Brotläden und anderen. **Ich werde Maßnahmen ergreifen, um die Einfuhr von wichtigen Lebensmitteln im Freistaate Sachsen zu erleichtern.** Das wird unterbunden, wenn solche Angriffe einzelner und Uebergriffe sogenannter Kontrollausschüsse nicht unterbleiben. Kein Bäcker wird sich Mehl, kein Fleischer Fleisch hinlagen, wenn er damit rechnen muß, daß es ihm genommen wird. Ich warne daher vor weiteren Ausschreitungen. Sie werden auf die Täter in voller Schwere zurückfallen. Mögen sie bedenken, daß sie mit ihrem Leben spielen, falls ich gezwungen bin, die Truppen einzusetzen."

Außerdem wendet sich der Militärbefehlshaber an die Bevölkerung mit folgender Bekanntmachung: „Seit Wochen gestalten sich die wirtschaftlichen und Ernährungsverhältnisse im Freistaat Sachsen täglich schwieriger und bedrohlicher als sonst im Reiche. Weshalb? Unter Drohungen und mit Gewalttätigkeiten erfolgen Eingriffe in die Gütererzeugung und die Bewirtschaftung der Lebensmittel. Die Tätlichkeiten richten sich in gleicher Weise gegen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Arbeitswillige werden aus den Werkstätten herausgeholt und von ihren Arbeitsstellen ferngehalten. Von den Arbeitgebern werden Geldsummen erpreßt, die sie nicht mehr bezahlen können. Die Hergabe von Lebensmitteln wird in gleicher Weise erzwungen. Hierdurch muß sich die Volksnot in ungeheurer Weise steigern. Die Wirtschaftskreise außerhalb Sachsens haben schon zum Freistaat Sachsen das Vertrauen verloren. Das zeigt sich in der Ablehnung der Anknüpfung und Abwicklung von Geschäftsbeziehungen. Der auswärtige Kaufmann und Landwirt sträubt sich, Lebensmittel zu liefern, der sächsische Kaufmann, sie zu bezahlen. Dieses wirtschaftliche Chaos ist gewollt! Von wem? Von denen, die aus Eigennutz das schwergeprüfte Volk nicht zur Ruhe kommen lassen wollen, die in den durch die Not zur Verzweiflung Getriebenen gefügige Werkzeuge ihrer dunklen Pläne zu finden hoffen. Welcher Pläne? Die Beseitigung der verfassungsmäßigen Gleichheit aller Volksgenossen vor dem Gesetz und die gewaltsame Aufrichtung der Vorherrschaft einer Klasse. Diese Ziele sind verschleiert mit dürren Worten ausgesprochen worden. Ein kommunistisches Mitglied der sächsischen Regierung hat unter dem Schutze der Immunität diese Bestrebungen nicht nur gutgeheißen, sondern öffentlich sich zu ihnen bekannt und zu ihrer Durchführung aufgefordert. Solches Verhalten ist Hochverrat gegenüber dem Reiche. So erwächst im Lande und bei den Aufrührern der irrige Glaube, als stünde die sächsische Regierung hinter den Aufrührern. Ihrer verantwortungsvollen Aufgabe gegenüber allen Schichten des Volkes wohlbewußt, hat sich die Reichsregierung entschlossen, durch Einsatz von Truppen Ordnung zu schaffen. Ich bin mit der Durchführung der erforderlichen Maßnahmen beauftragt. Sie richten sich nicht gegen das werktätige Volk. Sie richten sich gegen die, die dieses Volk durch Drohungen und Gewalt in der freien Betätigung seines Arbeitswillens hindern. Sie richten sich gegen die, die mit Waffengewalt unter dem lügnerischen Vorgehen die Errungenschaften der republikanischen Verfassung zu schützen, die Vorherrschaft einer Klasse erkämpfen wollen und damit die Grundlage der demokratischen Republik zerstören. Wer sich der Durchführung der für nötig erachteten Maßnahme mit Waffengewalt widersetzt, wer mit Waffen plündert, und so die Grundlage der Ordnung und Ruhe untergräbt, läuft Gefahr, erschossen zu werden. Ich vertraue auf die Mitwirkung aller verfassungstreuen und verantwortungsbewußten Kreise der Bevölkerung. Sie in jeder Beziehung zu schützen und die Ernährungslage zu heben mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, soll meine vornehmste Aufgabe sein. Die Truppen bringen eigene Verpflegung mit, werden also in dieser Hinsicht der Bevölkerung nicht zur Last fallen. Die notwendigen Maßnahmen werden die mit der militärischen Leitung betrauten Befehlshaber an Ort und Stelle erlassen und durchführen."

•

Die Mecklenburger in Sachsen

Schwerin, 21. Oktober. (Eig. Drahtb.) **Am Sonnabend sind aus Mecklenburg zwei Reichswehrbataillone zur Verstärkung der sächsischen Reichswehr nach Sachsen abtransportiert worden. Es handelt sich um die sonst in Rostock und Schwerin stationierten Infanteriebataillone.**

Die Mecklenburger Rechtsputschisten können triumphieren. Sie haben nun keine Reichswehr mehr zu fürchten und können ihre Rüstungen intensiv und offen vervollständigen. So wird die Gefahr akut, daß dem Losschlagen Bayerns auch das Losschlagen im Norden und Osten folgen wird. So scheint das Vorgehen der Reichswehr gegen Sachsen den Reichszerfall zu beschleunigen. Das schaffende Volk wird die Reichsgewalten dafür verantwortlich machen.

Die Gründung der Rentenbank

Am Sonnabendnachmittag ist im Reichsfinanzministerium der Gründungsakt der Deutschen Rentenbank vollzogen worden. Nach einer kurzen Einleitungsansprache des Reichsfinanzministers wählten die Gründer den Aufsichtsrat und aus ihm wieder den Verwaltungsrat. Beiden Körperschaften gehören führende Vertreter aller deutschen Wirtschaftsgruppen an. Es sind im wesentlichen die gleichen Persönlichkeiten, deren Namen wir bereits vor wenigen Tagen als für den Verwaltungsrat in Aussicht genommen veröffentlichten.

Unter den Mitgliedern des Verwaltungsrates **befindet sich kein einziger Vertreter der Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft muß daher befürchten, daß bei diesem Institut stets nur kapitalistische Interessen maßgebend sein werden.**

Die österreichischen Wahlen

Wien, 22. Oktober. **Ueber die Nationalratswahlen liegen bisher die Ergebnisse aus 22 von 25 Wahlkreisen vor. Es wurden gewählt: 73 Christlich-Soziale, 54 Sozialdemokraten und 8 Groß-Deutsche, der Reststimmenzählung sind 4 Mandate vorbehalten. In den 7 Wiener Wahlkreisen verteilen sich die Ergebnisse wie folgt: 17 Christlich-Soziale, 27 Sozialdemokraten und 1 Groß-Deutscher. Der Bundeskanzler Seipel und die christlichsozialen Mitglieder der Regierung sind wiedergewählt worden, ebenso alle namhaften Führer der Sozialdemokraten. Unterlegen ist in dem ersten Ermittlungsverfahren von den Groß-Deutschen außer dem Präsident Dinghofer der Vizepräsident Frank. Der Obmann der Partei, Kandl, wurde wiedergewählt. — In den Wiener Gemeinderat sind 78 Sozialdemokraten, 41 Christlichsoziale und ein Jüdisch-Nationaler gewählt worden.**

Kleine politische Nachrichten

Französische Zerreißungspropaganda. Aus Stuttgart wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt: In den letzten Tagen wurden Propagandaflugschriften deutschfeindlichen Inhalts verteilt. Als Verteilungsstelle wurde in einigen Fällen das hiesige französische Generalkonsulat ermittelt. Die württembergische Regierung hat sofort bei der Reichsregierung die entsprechenden Schritte eingeleitet.

Gewerkschaftsbewegung

Der Arbeitsmarkt in Dresden

bot nach einem Bericht des öffentlichen Arbeitsnachweises in der Woche vom 13. bis 19. Oktober 1923 das gleiche ungünstige Bild wie in den Vorwochen. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist unaufhaltsam im Steigen, so daß der Bestand 40000 erreicht hat, während die Unterbringungsmöglichkeiten abermals geringer geworden sind.

In immer stärkerem Umfange befinden sich unter den Arbeitsuchenden bisher selbständige Gewerbetreibende, vor allem kleinere Handwerker — wie Maler-, Schuhmacher-, Klempner- und Tapeziermeister — denen aus Mangel an Betriebskapital die Fortführung ihres Geschäftes unmöglich geworden ist. In der Industrie hatte einzig die Zigarettenbranche einigen Bedarf an Aushilfskräften. Landwirtschaft und Hauswirtschaft weisen ein steigendes Ueberangebot an Arbeitskräften auf.

Die Vorgänge bei Hoesch & Co.

Bei der Firma Hoesch u. Co., Zellulosefabriken, Pirna und Heidenau, bestehen seit Mittwoch voriger Woche Lohndifferenzen. Die Arbeiterschaft hatte eine von der Firma bewilligte geringe Abschlagssumme mit Recht abgelehnt. Da nun die Direktion am Mittwoch ihr Versprechen bezüglich des vereinbarten Lohnes mit dem Betriebsrat nicht eingehalten hat und ohne Grund und Ursache mit dem Auto verschwunden war, um von Dresden aus telephonisch den Arbeitern eine viel geringere Summe anzubieten, legte die Arbeiterschaft nachmittags gegen 3 Uhr die Arbeit nieder. Trotz allen Versuchen, den Konflikt am Freitag wieder beizulegen, gelang es dem Arbeitsministerium nicht, die ausgerückte Direktion ausfindig zu machen. Die Arbeiterschaft hält zur Zeit den Betrieb besetzt. Hauptsächlich ist es der Direktion darum zu tun, die 138 Neueingestellten wieder loszuwerden, worauf natürlich die Belegschaft nicht eingeht.

Gestern Sonntag ließ nun der Wehrkreiskommandeur Müller, der im Betriebe sich aufhaltenden Belegschaft des Werkes durch einen Regierungskommissar erklären, daß der Betrieb sofort zu räumen sei, andernfalls gewaltsame Räumung durch die Reichswehr erfolgen würde.

Die Belegschaft beschloß darauf mit großer Mehrheit, dieser Drohung des Generals zu weichen durch freiwilliges Verlassen des Betriebes und Absendung einer Korporation von Mitgliedern des Betriebsrates und der zuständigen Gewerkschaftsvertreter an den Wehrkreiskommandeur.

Entgegen allen umherschwirrenden Nachrichten sei an dieser Stelle ausdrücklich festgestellt, daß sich die Belegschaft aller drei Werke der Firma Hoesch u. Co. keinerlei Gesetzwidrigkeiten und Terrorakte zuschulden kommen ließ.

„Edel ist der Mensch . . ."

Die Unternehmer benutzen die fürchterliche Notlage der Arbeiter zu allerlei schamlosen Willkürlichkeiten, in der Meinung, die gutmütigen Arbeiter sind dank ihrer Parteizwiespältigkeit und des Ausnahmezustandes völlig zur Ohnmacht verdammt. Wenn sich die Herren nur nicht täuschen! — Der Generaldirektor der Firma Anton Reiche A.-G., Dresden, deren Arbeiter und Angestellte seit einiger Zeit verkürzt arbeiten müssen, benutzt diese Gelegenheit, um den älteren Kontorangestellten, die zum Teil seit über einem Menschenalter im Dienste der Firma stehen, 15 Prozent von ihrem ohnedies unzureichenden Gehalt abzuziehen unter der menschenfreundlichen Begründung, sie seien infolge ihres Alters nicht mehr voll leistungsfähig. In der Tat eine edelmütige Denkungsweise! Ob sich wohl der Vater des Herrn Generaldirektors, unter dem jene Angestellten bereits ihre besten Kräfte verbraucht haben, mit solchen Maximen einverstanden erklärt haben würde? Es ist kaum anzunehmen. Der Herr Generaldirektor, der durch ein besonderes Geschick und ausgesuchte Praktiken es versteht, sich bei seinen Arbeitnehmern verhaßt zu machen, vergißt offenbar, daß die Firma erst durch den Fleiß der Arbeiter und Angestellten ihre heutige Bedeutung erreichen konnte. Herr Generaldirektor, was würden Sie wohl sagen, wenn die Arbeiter Ihnen bei Ihrem 60. Jahre die nötigsten Existenzmittel versagen oder Ihnen bei Verteilung der Dividenden mit gleichem kalten Herzen Ihren „sauer verdienten" Anteil verweigern würden, oder, um die Sache noch gründlicher zu machen, erklären würden, nicht mehr in Ihrer Firma zu arbeiten, so lange Sie an Ihrem Platze stehen? Aber solche Erwägungen kommen den Unternehmern in ihrem verknöcherten Herrendünkel wohl kaum. Besonders dann nicht, wenn sie vom Vater ein großes Vermögen und eine gut fundierte Fabrik ererbt haben. Die älteren Arbeiter der Firma Reiche erinnern sich gern des verstorbenen Begründers des Unternehmens, der als ehemaliger Handwerker Fleiß und Können zu schätzen wußte und mit seiner Anerkennung nicht zurückhielt. Er war ein kluger Mann. — Wie verträgt sich übrigens der 15prozentige Gehaltsabzug mit der berüchtigten Forderung der Erhöhung der Arbeitsleistung? Erhöhte Arbeitsleistung — erhöhte Löhne, herabgesetzte Löhne — verminderte Arbeitsleistung.

Der Schiedsspruch im Bergbau abgelehnt

Am 18. und 19. Oktober sind im Reichsarbeitsministerium in der Lohnfrage für den Bergbau Schiedssprüche gefällt worden, die eine Lohnhöhe von 5,2 Milliarden bis 5,8 Milliarden pro Tag im Westen vorsehen. Diese völlig ungenügende Lohnerhöhung ist am Sonnabend von den Bergarbeiterverbänden aller Richtungen abgelehnt worden; falls nicht sofort von maßgebenden Stellen eingegriffen wird, ist der schwerste Konflikt unvermeidlich. Die Bezirksleitung des Deutschen Bergarbeiterverbandes in Halle hat bereits am Sonnabend nachmittag um 2 Uhr den Streik proklamiert.

Das Reichsarbeitsministerium hat für Dienstag die Vertreter des Bergbaues aus allen Revieren zu Verhandlungen nach Berlin eingeladen.

Beamte und Reichsarbeiter. Die Spitzenverbände sind, gezwungen durch die katastrophale Preisentwicklung, am Sonnabend nachmittag erneut im Reichsfinanzministerium vorstellig geworden, um eine Erhöhung der Bezüge, die als Zahlung für Montag und Dienstag vorgesehen waren, zu erwirken. Die Gewerkschaften forderten eine Verdoppelung der zur Auszahlung vorgesehenen Summe. Die Regierung erklärte sich bereit, den Beamten die am Montag zur Auszahlung kommenden Bezüge um 55 Prozent zu erhöhen. Dieser Betrag soll möglichst am Dienstag gezahlt werden. Die Arbeiter sollen zu den Bezügen, deren Auszahlung für Dienstag geplant war, nochmals die Summe erhalten, die am Sonnabend zur Auszahlung gelangt ist. Die Donnerstagszahlung erfolgt in der vereinbarten Höhe.

Leben • Wissen • Kunst

Beginn der Sinfoniekonzerte im Opernhaus

Die Sinfoniekonzerte der Staatskapelle sind heute wie seit 80 Jahren der Glanzpunkt des Dresdner Konzertlebens. In ihnen nimmt die große, reine Instrumentalmusik den höchsten Aufstieg, beflügelt von verlustlos ineinanderarbeitendem Kunstwissen und -können.

Unverschämtem Bluff geht man hier aus dem Wege; das heischen Tradition und Bewußtsein, besonders feinnervige und vielvermögende Mittel ins Spiel bringen zu können. So begann man Freitag mit Robert Schumanns Manfred-Ouvertüre, einem Werk, das ganz nach innen gerichtet ist und übermenschliches Verlangen mit herzbeengender Wehmut mischt. Die Ouvertüre war innerhalb 115 Minuten Musizierens für die Aufnahmefähigkeit mancher Konzertbesucher vielleicht zu viel. Aber abgesehen von ihrem eigenen Werte, bot sie Fritz Busch wieder einmal Gelegenheit, sein Wunder erschließendes Einfühlungs- und Belebungsvermögen für romantische Kunst aufspringen zu lassen. Und es sei auch nicht zu rühmen unterlassen, daß er sich hier — wie übrigens den ganzen Abend — auch in technischer Beziehung als wohlvorbereiteter Meister des Taktstockes zeigte.

Alfred Hoehn aus Frankfurt a. M. spielte den Solopart in Brahms' knorrigem und doch an der Sonnenseite des Lebens angebautem Klavierkonzert in D-Moll. Hier wurde unendlich viel Schönes gegeben. Hoehn ist der auserwählte Interpret dieses Werkes, das ich vorher nie so von Kraft und Schönheit durchlichtet gehört habe.

Dann erklang Beethovens Eroika-Sinfonie. Busch wirbelte das grandiose Tongedicht zu einem alle erfassenden Rausch auf. Es war, als wenn die Erhabenen selbst, die holdseligen Paten des Menschengeschlechts erschienen wären und segneten. P. B.

Konzerte

Einen recht wenig aufregenden Klavierabend gab die Reger-Schülerin Evelyn Jansz (Ceylon). Wir freuen uns stets über „neue Musik", wenn sie sich wie Riemanns „Pharaonenlaune" harmonisch modern gebärdet und doch zugleich rhythmisches Rückgrat hat; nicht aber über solches vorgestriges Geplätscher, wie es Scott in „Impressionen aus dem Dschungelbuch" oder Riemann im „Magischen Buch" schreibt. Evelyn Jansz hat technisch etwas gelernt, aber der Sinn für Farbe ist noch nicht geweckt. Ihre eigenen Lieder sind vornehm kühler Sprachgesang und Lotte Mäders geschliffener Mezzosopran mußte ebenso vornehm mittun. Da hatte der russische Baßbariton Alfred Forest, der zwei Tage danach am gleichen Ort (Palmengarten) sang, bei Schubert und Loewe oder auch bei dem genial charakterisierenden Mussorgski (Mephistos Floh-Lied) andre Möglichkeiten, sein dramatisches Vortragsgeschick zu entfalten. Forest gehört eigentlich auf die Bühne. Sein metallisch glänzendes Organ ist so umfangreich und hat so große Resonanz, daß es im Saale nur so dröhnte, und dabei natürlich immer sauber. — Amüsante Gelegenheitsmusik bot das um acht Mitglieder erweiterte Striegler-Quartett am nächsten Abend im überfüllten Künstlerhause. Haydn und Mozart als Humoristen, als Vertreter einer heiter verklärten Weltanschauung, wie sie uns in ihren berühmten sinfonischen Werken ergötzen, sind uns natürlich lieber als Haydn und Mozart als Komiker, wie sie sich in der Abschiedssinfonie und dem Dorfmusikanten-Sextett zeigen. Aber Spaß gibt es doch, wenn Herren eines Staatsorchesters so falsch blasen, wie sie es hier müssen. Und der Erheiterung sind wir außerdem ja alle so sehr bedürftig. Kr.

Dresdner Kalender

Theater am 23. Oktober. Opernhaus: Euryanthe (7). Volksbühne Nr. 4498 bis 4620. — Schauspielhaus: Anrechtsreihe B: Was ihr wollt (7). — Neustädter Schauspielhaus: Die Freier (7½). — Residenz-Theater: Der Graf von Luxemburg (7½). — Neues Theater (Kaufmannschaft): Die Hose (7½). Volksbühne Nr. 1706 bis 1870.

Einen Kammermusikabend veranstaltet die Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Dresden am Mittwoch (7½) im Vereinshaus, Zinzendorfstraße 17. **Mitwirkende** Th. Blumer (Klavier), Adolf Schiering (Violine) und Artur Zenker (Cello), alle drei von der Staatsoper. Werke von Haydn, Mozart und Schubert.

Sächsischer Kunstverein zu Dresden. (Brühlsche Terrasse). Wegen der Kosten wird es in diesem Winter nicht möglich sein, die Ausstellungs- und Kanzleiräume zu beheizen. Deshalb ist die Ausstellung bis auf weiteres Sonn- und werktags von 11 bis 2 Uhr geöffnet.

Volkshochschule. Die Vortragsreihe von Dr. Ludwig Preller (Welche Bedeutung hat die Erkenntnis volkswirtschaftlicher und sozialer Fragen für die Arbeiterschaft? Sozialpolitik im Erleben des Arbeiters) beginnt morgen Dienstag den 23. Oktober, abends 7½ Uhr, im Wettingymnasium, Wettinerplatz 13. — Der Vortragende Dr. Kurt Ebert (Grundprobleme des Rechts) beginnt anstatt 7½ Uhr bereits um 7 Uhr. — Die Vorlesungen Ibsenscher Dramen durch Werner von Blumenthal und Friederike Stritt (Beginn: Montag den 22. Oktober, abends 7 bis 9 Uhr) finden nicht in der Aula der Oberrealschule, Seevorstadt, sondern in der Aula des Vitzthumschen Gymnasiums, Dippoldiswaldaer Gasse 9, statt. — Auf Wunsch der Teilnehmer wird die Arbeitsgemeinschaft von Dr. Wilhelm Junius (Die Kunst im Leben der Gegenwart) von Freitags, 7 bis 8 Uhr, auf Mittwochs, 8 bis 9 Uhr, im Anschluß an die Vorträge über die Italienische Renaissance (Indienanstalt, Weintraubenstraße 3) verlegt. Nächster Abend: Mittwoch den 24. Oktober. — Frl. Dr. med. Marie Snell ist vorläufig verhindert, die für Dienstag den 30. Oktober beginnende Vortragsreihe über Arzt und Publikum abzuhalten.

Aus aller Welt

168 Jahre alt geworden

Nach dem Bericht einer finnländischen Zeitung liegt in der Nähe von Poloff an der litauischen Grenze ein Mann im Sterben, der 168 Jahre alt sein soll. Während seines langen Lebens hat er den Gebrauch aller seiner Sinne und alle körperlichen und geistigen Fähigkeiten bewahrt. Er wurde, wie behauptet wird, im Jahre 1755 geboren, war Soldat unter Katharina der Großen, diente noch unter Zar Alexander und machte die Schlachten von Austerlitz, Friedland, Borodino usw. mit. Nikolaus I. gab ihm eine Pension, die er auch unter dem Nachfolger dieses Zaren behielt. Im Alter von 93 Jahren heiratete er zum drittenmal und bekam von der letzten Frau, mit der er fast fünfzig Jahre zusammen lebte, drei Kinder. Allem Anscheine nach hat sich die Legende des Falles bemächtigt, denn die Vergangenheit des alten Mannes klingt denn doch etwas zu phantastisch.

Der Dollar 39 900 000 000,—

Berlin, 22. Oktober. (Amtlich.)

		Proz.	22. 10. Geld	22. 10. Brief	19. 10. Geld	19. 10. Brief
Amsterdam	1 Gld.	—	15561000 T.	15639000 T.	4668300000	4691700000
Buen. Aires	1 Peso	—	12768000 T.	12832000 T.	3776300000	3895700000
Norwegen	1 Kr.	—	6144600000	6175400000	1845875000	1854625000
Dänemark	1 Kr.	—	6942600000	6977400000	2086770000	2097230000
Schweden	1 Kr.	—	10473750 T.	10526250 T.	3186140000	3151860000
Helsingfors	1 f. M.	—	1057350000	1062650000	317205000	318795000
Belgien	1 Frk.	—	2064000000	2046100000	614460000	615540000
Italien	1 Lire	—	1789515000	1798485000	538650000	541350000
London	1 Pfd.	—	179550000 T.	180450000 T.	53867000 T.	54135000 T.
Newyork	1 Dollar	50	39900000 T.	40100000 T.	11970000 T.	12030000 T.
Paris	1 Frk.	—	2342130000	2353870000	712215000	715785000
Schweiz	1 Frk.	—	7112175000	7147825000	2134650000	2145350000
Spanien	1 Peseta	—	5346600000	5373400000	1607970000	1616030000
Wien (abg.)	1 Kr.	—	564685	567415	167580	168420
Prag	1 Kr.	—	1185080000	1190170000	355590000	357210000
Budapest	1 Kr.	—	2194500	2205500	668325	671675

Wettervorhersage für den 23. Oktober

Veränderlich, doch vorwiegend starke Bewölkung, zeitweise Regen, Temperatur allmählich abnehmend, südwestliche, später westliche Winde von schwankender Stärke.

Wetterlage: Der Luftaustausch zwischen einem Hochdruckgebiet in südlicher Breite und einer Depression über dem europäischen Nordmeer (Zentrum mit 729 Millimeter Luftdruck) bedingt auch heute noch für Mitteleuropa die Zufuhr feucht-warmer Luft. Dresden hatte gestern ein Tagesmittel von plus 19,1 Celsius, ein Wert, der für das letzte Oktoberdrittel seit 1864 einzig dasteht. Zahlreiche Randstörungen der Depression rufen bei wechselnder Bewölkung wiederholt Regenfälle hervor. Eine wesentliche Änderung der Wetterlage steht für morgen noch nicht in Aussicht, nur wird sich die Temperatur mit Drehung der Winde auf West langsam abwärts bewegen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19231022/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Steuerabzug vom Arbeitslohn! Ausschneiden und aufheben!

Die jeweiligen Ermäßigungen des Steuerabzugs vom Arbeitslohn werden künftig so veröffentlicht werden, daß nur der Satz bekanntgemacht wird, mit dem die seinerzeit mitgeteilten letzten Septembersätze zu vervielfachen sind. Nach diesen Sätzen betrug die Ermäßigung des Steuerabzugs in Mark: Für den Steuerpflichtigen und seine bei ihm lebende Ehefrau monatlich 720 000, wöchentlich 172 800, täglich 28 800, zweistündlich 7200 M.; für jedes minderjährige Kind seines Haushalts (nicht zu berücksichtigen sind Kinder über 17 Jahre mit eigenem Arbeitseinkommen) monatlich 4 800 000, wöchentlich 1 152 000, täglich 192 000, zweistündlich 48 000; für Werbungskosten monatlich 6 000 000, wöchentlich 1 440 000, täglich 240 000, zweistündlich 60 000 M.

Die Steuerabzugsbeträge sind auf volle 100 000 M. nach unten abzurunden.

Diese Septembersätze sind für die Woche vom **21. bis 27. Oktober 1923** mit **210** zu vervielfachen.

Dresden, den 20. Oktober 1923.

Die Finanzämter Dresden-A.-West, Dresden-A.-Ost, Dresden-Neustadt und Heidenau.

[201]

Bekanntmachung.

1. **Der Kassenvorstand hat beschlossen, mit Wirkung vom 22. Oktober 1923 an** jeweils als Höchstgrundlohn den Betrag festzusetzen, der durch 30 Millionen teilbar ist und jeweils durch die mit vier vervielfältigte Meßzahl überschritten wird.

Die folgende Lohnstufeneinteilung **gilt nur** für das häusliche Dienstpersonal, die freiwilligen Mitglieder (§§ 313, 176 RVO.) und außerdem für die in der Landwirtschaft tätigen Versicherten, deren Kassenbeiträge nach § 52 der Satzung ermäßigt sind. **Im übrigen gilt der wirkliche Arbeitsverdienst als Grundlohn,** von dem gemäß unserer Bekanntmachung vom 10. Oktober 1923 10 v. H. an Beiträgen zu entrichten sind. Ein Drittel hiervon hat der Arbeitgeber zu tragen.

Ab 22. Oktober 1923 Höchstgrundlohn: 2760 Millionen Mark.

Stufe	Grundlohn	Wochenentgelt über	Wochenentgelt bis	Monatsentgelt über	Monatsentgelt bis	Beiträge	Mehrleistungen Krankengeld	Mehrleistungen Sterbegeld
1	207		1932		8280	144,9	138	6 210
2	414	1932	3864	8280	16560	289,8	276	12 420
3	690	3864	5796	16560	24840	483,0	460	20 700
4	966	5796	7728	24840	33120	676,2	644	28 980
5	1242	7728	9660	33120	41400	869,4	828	37 260
6	1518	9660	11592	41400	49680	1062,6	1012	45 540
7	1794	11592	13524	49680	57960	1255,8	1196	53 820
8	2070	13524	15456	57960	66240	1449,0	1380	62 100
9	2346	15456	17388	66240	74520	1642,2	1564	70 380
10	2760	17388	u. mehr	74520	u. mehr	1932,0	1840	82 800

Die Beträge lauten auf Millionen Mark.

2. Um Unklarheiten zu beheben, wird darauf hingewiesen, daß Stützen und Dienstmädchen in die 2. Lohnstufe eingereiht werden, wenn die vorliegenden Meldungen nicht eine andere Einstufung bedingen.

Dresden, am 20. Oktober 1923.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse.
Kirchhof, Vorsitzender. [112]

Vaterland-Lichtspiele, Freiberger Platz 20 b

Ab Dienstag und folgende Tage: **Erstaufführung! Der weltberühmte Originalroman Alexander Dumas' im Film:**

Der Graf von Monte Christo

der anläßlich seiner Berliner Uraufführung einen derartigen Erfolg erzielte, daß polizeiliche Maßnahmen zur Regelung des Verkehrs notwendig waren! **6 große Akte!**

Die Presse sagt: Es gibt kaum einen Stoff in der Weltliteratur, der sich für die Lichtbildbühne besser eignete, als dieser von Millionen gelesene Roman von Alexander Dumas. Der Film ist eines der **besten Erzeugnisse unserer bisherigen Filmproduktion,** sowohl in technischer als auch in inhaltlicher Hinsicht. Die **meisterhaft** den Szenen angepaßte Musik erhöht den eindrucksvollen Charakter der Vorstellung.

„ER" als Küchenchef, tolles ER-Lustspiel

Besonders verstärktes Orchester, besonders gewählt. Programm
Kapellmeister F. Wagner. [1816

Einlaß 4, 6, 8¼ Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Cossebaude. Für den in der Zeit vom 7. bis 20. Oktober erfolgten Stromverbrauch sind die Durchschnittspreise wie folgt festgesetzt worden:
a) Für Licht- und Kraftstrom 250 Millionen Mark für eine Kilowattstunde,
b) für Koch- und Heizstrom 250 Millionen Mark für eine Kilowattstunde.
Die Kasse ist geöffnet von 8—1 Uhr. [1218
Cossebaude, den 20. Oktober 1923.
Gemeindeverband für das Elektrizitätswerk Elbtal.

Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung
Ein soziologischer Versuch von **Kurt Geyer.**
Gebunden: Grundzahl 3.— M.
broschiert: Grundzahl 2.30 M.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10
und ihre Filialen.

Coschütz
Bestellungen auf die
Dresdner Volkszeitung
sowie auf sämtl. Literatur
Annahme von Inseraten
Emil Stübler
Dorfstraße Nr. 1.

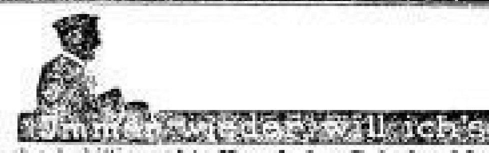
Gebisse
einzelne Zähne
sucht dringend
Heinrich Kandel
Inh. Dora Kandel
Neue Gasse 11
direkt an der Grunaer Straße. [1857

Ball-Anzeiger
für Montag den 22. Oktober:
Deutsche Reichskrone ● Feensaal ● Königsbrück. Str. Straßenbahn 5 und 7.
Paradiesgarten Dresdens besuchteste Tanzstätte.
Immer daran denken! **Faun-Palast** Stadt Leipzig Dresd.-N., Leipzig. Str. 74 Linien 10, 15 und 17.
Dienstag den 23. Oktober:
Goldnes Lamm Straßenb.-Linien 10, 15, 17. **Der große Ball** Sonntags und Dienstags.
Plauenscher Lagerkeller Straßenb.-Linie 15.

Gold- und Silbergegenstände
kauft
Herrmann Schmidt
Edelmetallschmelze
Reitbahnstraße 19. [1690

Sensation! **Spannung!**
Eddie Polo
in
Fluch der Habgier [1857
M. S. Lichtspiele Täglich 4 Uhr

Metalle
Kupfer
Messing, Rotguß, Zinn, Zink, Blei, Zinnasche, Kupfer-, Messing- und Rotgußspäne kauft laufend
Graf, Drehgasse 2
an der Amalienstr. Tel. 17229



noch sehr billige **echte Kernleder-Schuhsohlen** nach mitgebrachtem Modell ausgeschnitten kauft man in der [w330
Schuhbedarfsartikel- und Lederhandlung, Dresden-A., Jacobi-, Ecke Augsburger Straße

Der grüne Film
Ein Wanderbuch v. Edgar Hahnewald, wieder
neu erschienen!
Volksbuchhandlung
und ihre Filialen.

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung
auf sämtliche Parteiliteratur usw. sowie Annahme von Inseraten beim
Kolporteur **Paul Wenzel, Langebrück**
Kaiser-Wilhelm-Straße 12, II.

Wir empfehlen:
Die Fahrt ins Unbekannte,
v. Hans Eßold.
Volksbuchhandlung
Wettinerplatz 10

Alte Tressen
u. Uniformknöpfe von Militärs, Hof-, Eisenbahn-, Post- u. and. Beamten kauft
Max Haupt
Güntzplatz 17, II.

Regina-Palast
Dresden — 22 Waisenhausstraße 22
Täglich 8½ Uhr abends
Tanz und Cabaret
Attraktionen ersten Ranges
Täglich 4½ Uhr nachmittags
Fünf-Uhr-Tee
mit Tanzdarbietungen
Tischbestellungen: Fernruf 22 745 [F 581

Agitiert für eure Zeitung!

Centrale Sächsischer Mühlen-Vereinigungen, G.m.b.H.
Dresden, Bismarckplatz 11
Wirtschaftliche Organisation zum Zwecke einer Vertiefung der Beziehungen zwischen Erzeuger und Verbraucher und tunlichster Verbilligung der Fabrikate. — **Die Verkaufsgesellschaft der Mühlencentralen Sachsen/Schlesien,** G. m. b. H., Sitz Dresden, liefert Weizen- und Roggenmehle in anerkannt hochwertiger **Qualität.**

Kaufhaus
Gebh. Kohl & Co.
Freiberger Platz 22/24
Sämtliche Textilwaren
Spez.-Abt.: Damenhüte
Sehr große Auswahl, billige Preise

Residenz Kaufhaus
G. m. b. H.
Prager, Ecke Waisenhausstrasse
Das Kaufhaus für Alle

Paul B. Hübner
Bureau u. Ausstellung: **Carolastraße 6, am Hauptbahnhof**
Telephon 17 967. — Zweiglager: **Hofmühlenstraße 11—15**
Werkzeugmaschinen und Werkzeuge

D. Gleicher & Co.
Leinen- und Baumwollwaren-Grosshandel
Amalienstraße 9, I. — Telephon 23 796

Wilhelm Kaufmann Textilwerke
Zentralverwaltung **Dresden** Bismarckplatz 1
(Wilhelm Kaufmann-Haus)
*
„Wekate"-Strick-, Stopf- und Häkelgarne
Imitatgarne, Strumpfgarne in Louisiana und Mako
Louisiana- und Mako-Zwirne
Fabrikhandtücher, Scheuertücher, Gertil-Teppiche und Läufer

Alsberg
Wilsdrufferstrasse 6—8—10.
Maßgebendes Kaufhaus für Damen- und Herren-Mode-Artikel

Trinkt Thürmer-Kaffee!
Verlangt Original-Packungen!

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan
Ohne Gewähr! A (Musterschutz.)

Abfahrt der Züge von Dresden (Hauptbahnhof) nach

Vorort Meißen: 2.15, 4.04, 4.56 (w.), 5.03, 5.12, 5.36 (w.), 5.47, 5.52, 6.25, 6.57 (w.), 7.25, 7.32 (w. b. Radeb.), 8.42, 9.43, 10.52, 11.09, 11.55, 12.36 (w. b. Cosw.), 12.48 (w.), 12.57 (n. a. l. W. jed. W.), 1.05, 2.15, 2.21, 3.06 (w., auß. a. l. W. jed. W.), 3.33, 3.45 (bis Cosw.), 4.05, 4.33 (auß. am letzt. W. jed. W.), 4.40, 4.56, 5.30 (w.), 5.35, 6.26, 7.23, 7.35, 8.10, 8.35, 9.10, 9.25 (w. bis Coswig), 10.18, 10.54, 12.35.

Vorortzüge bis Pirna: 4.03 (ab Oktbr. a. w.), 5.23, 5.40 (w.), 6.10, 6.17, 6.32 (w.), 6.44 (w.), 7.00 (w.), 7.10 (f.), 7.18, 8.07, 8.50, 9.36 (w.), 10.35, 12.21, 1.11, 1.18, 1.47 (nur am letzt. W. jed. W.), 2.08, 3.12, 3.32, 3.55 (w.), 4.15 (w. bis Niedersedlitz), 4.40, 4.55 (w.), 5.43, 6.05, 6.15 (w.), 7.15, 7.44, 7.52, 9.30 (w.), 10.00, 10.30, 11.40, 12.00.

Hedwig Heer
41 Prager Strasse 41
Kleider — Mäntel — Kostüme — Pelze

Franz Pokorny
Dresden-A., Wettinerstrasse 14
Telegramm-Adresse: Textilpokorny — Fernsprecher: 17815
Baumwollwaren-Großhandlung
— Eigene Ausrüstung —

Blusen-Ecke
Seestrasse, Ecke Webergasse
am Altmarkt
Blusen
Kleider
Röcke

Café Altmarkt
Nachmittags-Konzert mit Stimmungs-Einlage

Wäschefabrik Hugo Nathansohn
Palmstraße 1 — DRESDEN — Palmstraße 1
Damenhemden — Beinkleider — Prinzeßröcke

Strumpfwaren
Trikotagen
Garne
Wollwaren
Gebrüder Leupold
Marienstrasse 1

Posner & Co.
Prager Straße 32
Maßschneiderei

Siegmund Lang
Dresden, Marschallstraße 1
Tuchgroßhandlung

Messow & Waldschmidt
Wilsdruffer Straße 11—13
Stets vorteilhafte Angebote in sämtlichen Textilwaren

Görlitzer Waaren-Einkaufs-Verein
25 Verkaufsstellen in allen Stadtteilen

Wollwarenhaus „Saxonia"
Dresden, Wilsdruffer Strasse 46
Spezialhaus
für Strumpfwaren, Handschuhe, Trikotagen, Wollwaren, Wäsche, Schürzen, Herren-Artikel, Strick- u. Häkelgarne

Curt Arndt
Trikotagen-, Baumwollwaren-Großhandlung, Fabriklager der Wäschefabrik „Saxonia", A.-G., Pulsnitz i. Sa.
Neumarkt 11 — Tel. 18 652

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19231022/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sachsen

Die Getreidespende der internationalen Arbeiterhilfe

Wie der Finanzminister Bötcher im sächsischen Landtag erklärte, hat die Internationale Arbeiterhilfe der sächsischen Regierung das Angebot gemacht, ihr 2000 Tonnen Getreide, d. h. 40 000 Zentner, zur kostenlosen Verteilung an Arbeitslose und deren Familien und andre unbemittelte Kreise zur Verfügung zu stellen. Die sächsische Regierung hat dieses Angebot angenommen und die Internationale Arbeiterhilfe ist sofort dazu übergegangen, ihr Versprechen einzulösen.

Es zeugt für die außerordentliche gute Organisation des Verwaltungsapparates der Internationalen Arbeiterhilfe, daß es ihr möglich war, bereits 48 Stunden nach ihrem abgegebenen Versprechen die erste Mehlsendung von 500 Zentner dem Konsumverein Vorwärts in Dresden zwecks Verpackung und Verteilung zur Verfügung zu stellen. Das ist gestern geschehen. Wie wir erfahren, treffen heute abend auf dem Hauptbahnhof weitere 10 Waggon russischer Roggen ein, dem täglich in der nächsten Woche 10 bis 15 Waggon folgen werden.

Wie wir von der J. A. H. erfahren, gedenkt diese Organisation ihre Anstrengungen im Auslande zu verdoppeln. Sie ist überzeugt, dieser ersten Sendung von 2000 Tonnen bald mehr folgen zu lassen. Wie wir weiter hören, soll durch das Wirtschaftsministerium eine Kommission von Genossenschaftsmitgliedern und Fachleuten eingesetzt werden, die die Verteilung für das ganze Land organisiert. Die Verarbeitung des Roggens zu Mehl und Brot soll durch die Konsumvereine geschehen, die auch die Verteilung an die in Betracht kommenden Kreise durchführen sollen.

Die Auffüllung der Reichswehr

Wie bereits bekannt ist, sind bei der Reichswehr Mitglieder von rechtsradikalen Verbänden eingestellt worden. Diese Vorgänge haben, so berichtet die Leipziger Volkszeitung, selbst in der legalen Reichswehr zu Mißstimmungen Anlaß gegeben. Man räumt der schwarzen Reichswehr Rechte ein, die den legalen Truppen bisher versagt worden sind. Man geht so weit, daß man Kriegsbeschädigte, die zu 70 Prozent erwerbsunfähig sind, eingekleidet hat, nur eben weil sie ehedem den Zeitfreiwilligenformationen angehörten, und weil ihre gegenrevolutionäre Einstellung außer Zweifel steht. Sie werden auf Grund besonderer Verpflichtungsscheine eingekleidet. Diese haben folgenden Wortlaut:

Verpflichtungsschein

Ich . . . . geboren am . . . .
zu . . . . verpflichte mich zu allen Dienstleistungen im Reichsheer auf Grund der für das Reichsheer gültigen Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen mit folgenden Aenderungen:

1. Den vorgesetzten Dienststellen steht das Recht zu, mich ohne Angabe von Gründen jederzeit fristlos zu entlassen.
2. Besoldung erfolgt ohne Anrechnung früherer Dienstzeit und früher erworbenen Dienstgrades aus Besoldungsgruppe I. 1.
3. Ein Anrecht auf eine meinem früheren Dienstgrade entsprechende Verwendung besteht nicht.

Leipzig, den . . . . . 10. 1923.

Major und Batls.-Kdeur.
I./J.-R. 11.

. . . .
Unterschrift des sich Verpflichtenden.

Aus unserm Leserkreis wird uns mitgeteilt, daß in einem Fall ein Kriegsbeschädigter, und zwar ein Einäugiger, in die Reichswehr aufgenommen wurde. Daß derartige Leute nicht dauernd bei der Reichswehr behalten werden sollen, ist klar. Aus dem oben abgedruckten Verpflichtungsschein ist auch nicht zu ersehen, daß sich die eingestellten Mannschaften verpflichten, 12 Jahre bei der Reichswehr zu bleiben. Es ist also offenbar nur eine vorübergehende Einstellung beabsichtigt.

Bis jetzt hat auch die Reichswehrleitung noch nicht erklärt, daß die Einstellung der jetzt aufgenommenen Leute für 12 Jahre erfolgt. Nach den bestehenden Gesetzen aber darf die Reichswehr nur Leute einstellen, die sich auf 12 Jahre zum Dienst verpflichten. Sache des Wehrkreiskommandos IV wäre es, sich darüber zu äußern, wie weit die jetzt vorgenommenen Einstellungen den bestehenden Gesetzen entsprechen. Die Reichswehr will, wie Müller behauptet, den angeblich gefährdeten, verfassungsmäßigen Zustand in Sachsen wieder herstellen, aber es scheint, daß die Reichsregierung alle Ursache hätte, einmal zu untersuchen, ob bei der Reichswehr selbst das bestehende Recht in der notwendigen Weise gewahrt wird.

Regierung und Staatsbetriebe

Am 18. Oktober waren (so berichtet die Staatszeitung) Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenschaft sämtlicher staatlichen Betriebe (Arbeiter- und Angestelltenräte) zu einer Besprechung mit dem Finanzminister Böttcher nach Dresden gekommen. Der Finanzminister begrüßte die Erschienenen mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der engsten Zusammenarbeit zwischen Regierung und Arbeitnehmerschaft. Diese Notwendigkeit resultiere sowohl aus der Schwerfälligkeit des bureaukratischen Staatsapparates, als auch besonders aus der beginnenden und zum Teil schon verwirklichten Sabotage der besitzenden Kreise. Die Vertreter der Banken hätten die Aufbringung eines Notopfers, die Gewährung eines zinslosen Darlehns sowie die Uebernahme einer Sachanleihe abgelehnt. Der Finanzminister forderte die durch die Delegation vertretene Staatsarbeiter- und Angestelltenschaft zum Vertrauen und zur Zusammenarbeit mit der Regierung auf, um der Sabotage und den Angriffen des Bürgertums begegnen zu können.

Die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenschaft gaben in allgemeinen Umrissen über den technischen, sanitären und wirtschaftlichen Stand der Staatsbetriebe Auskunft und brachten gleichzeitig Beschwerden und Wünsche vor. Zum Schluß gab der Finanzminister der Hoffnung Ausdruck, daß ihm die Hebung der Lage der Staatsbetriebe, insbesondere der Staatsarbeiterschaft, gelingen werde. Gleichzeitig betonte er jedoch, daß eine wirtschaftliche soziale und politische Hebung der Staatsarbeiterschaft unter keinen Umständen dazu führen dürfte, diese der Arbeiterschaft in der Privatindustrie usw. zu entfremden, sondern daß die wirtschaftliche und politische Situation den engsten Zusammenschluß und den gemeinsamen Kampf der Arbeiterschaft fordert.

Zum Falle Wölker-Schmidt

Dresdner Blätter vom 20. Oktober bringen eine Zuschrift der beiden Herren Ministerialräte Dr. Wölker und Schmidt, worin das Schreiben vom 10. Oktober publiziert wird, das sie an den Herrn Ministerpräsidenten gerichtet haben. Diesem fügen sie die Bemerkung an, die Erklärung beweise, daß der Herr Ministerpräsident die Gründe ihres Schrittes mißverständlich wiedergegeben habe. Sie seien dazu schon vor der Bildung der neuen Regierung durch die Gesamtrichtung der Politik des Kabinetts Dr. Zeigner, insbesondere des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Zeigner, selbst getrieben worden, nach schweren inneren Kämpfen, nicht in Gegnerschaft zur Republik. Begründet wird diese Flucht in die Oeffentlichkeit mit den Bemerkungen, die der Herr Ministerpräsident in der Landtagssitzung vom 16. Oktober über das Gesuch der beiden Herren getan hat.

Dazu ist festzustellen:

Dieses Schreiben ist dem Ministerpräsidenten am 10. Oktober schon durch Ministerialdirektor Dr. Schulze angekündigt worden, es hat dann aber wider Erwarten nicht die Mitteilung enthalten, daß die Herren aus dem Staatsdienst auszuscheiden beabsichtigen. In Gegenwart des Herrn Ministerialdirektors Dr. Schulze hat dann am 13. Oktober 1923 eine längere Aussprache mit den beiden Ministerialräten Schmidt und Dr. Wölker stattgefunden und hierbei haben die beiden Herren auf die klare Frage des Ministerpräsidenten erklärt, daß sie nicht imstande seien, eine weitere gedeihliche Zusammenarbeit mit der Regierung zu garantieren, und haben ihre Versetzung in den einstweiligen Ruhestand angeregt.

Dem ist entsprochen worden.

Die Erklärung, die der Ministerpräsident in der Landtagssitzung am 16. Oktober 1923 abgegeben hat, ist also absolut zutreffend.

Verleumderische Erfindungen. Von gewisser Seite werden Gerüchte verbreitet, eine Abordnung von Erwerbslosen sei in der vergangenen Woche im Landtage von Herrn Minister Böttcher oder von Herrn Minister Heckert empfangen worden und habe auf ihre Bitte um Hilfe vom Minister die Antwort erhalten, er könne nicht helfen. Von dieser Aeußerung soll Erwerbslosen auf dem Postplatz Mitteilung gemacht worden sein.

Es versteht sich von selbst, daß an dieser Nachricht kein wahres Wort ist. Keiner der beiden genannten Minister hat eine solche Aeußerung gegenüber einer Erwerbslosen-Deputation getan. Die praktische Tätigkeit der Regierung steht in direktem Gegensatz dazu. Sie setzt ihre Bemühungen, den Erwerbslosen zu helfen, eifrig fort und hat auch schon den Erfolg zu verzeichnen, daß die Anlieferung des russischen Getreides, das für die Notleidenden bestimmt ist, sich in vollem Gange befindet.

Dresdner Chronik

Der Jahrmarkt der Milliardäre

eh. Wieder einmal stehen die Jahrmarktsbuden in der Stadt. Es ist erstaunlich, mit welcher Zähigkeit sich dieser Ueberrest einer längst vergangenen gemütlichen Zeit erhält. Diesmal freilich klaffen große Lücken in den Budenreihen. Die hohen Frachtkosten verhindern die auswärtigen Marktleute an der Jahrmarktsreise. Für manche lohnt es sich wohl auch nicht mehr, sich da drei Tage lang hinzustellen. Sie werden ihr bißchen Ware auch so los. Darum verzichteten gestern auch die meisten Geschäftsinhaber auf das Recht, ihre Läden am Jahrmarktssonntage offen zu halten. Hinter den herabgelassenen Rolläden steigen die Preise . . .

Der „richtige" Dresdner aber läßt sich seinen Jahrmarkt trotz allem nicht entgehen. Er macht sich auf die Beine. Diesmal buchstäblich — Dresden wanderte. Denn der Straßenbahnfahrpreis war ja vom Sonnabend zum Sonntag von 50 auf 200 Millionen Mark geklettert. Die Straßenbahnen fuhren sauber, mit schönen, leeren Plätzen dahin. Ueber die Augustusbrücke wallfahrteten herüber und hinüber dichte, lückenlose Menschenströme. Der Reichswehrposten mit Stahlhelm, Flinte und Handgranate am Blockhaus, der ja ohnehin nicht weiß, warum er dort steht, vertrieb sich die Zeit damit, die Menschenwellen dieser Ströme zu betrachten. Auf der Mitte der Brücke schritten alle Jahrmarktswanderer durch eine leichte Wolke von Leierkastenmusik — die Gehenden fielen in Tanzschritt: „Jetzt gang i ans Brünnele, trink aber nit . . ."

Nein, man trinkt nit. Und man ißt auch keine Fischsemmel. Denn die kostet 120 Millionen Mark, an mancher Bude auch 150 Millionen. Eine Makrone ist nur für 75 Millionen zu haben. Eine kleine, spitze Tüte Pfeffernüsse — 450 Millionen, ein Paar Würstchen mit Semmel — 350 Millionen, ein Luftballon am Zwirnsfaden — 500 Millionen, eine Federwindmühle — 200, 300, 600 Millionen Mark.

Millionen, Milliarden — Kurzarbeiter, wo hast du deine Milliarden? Aber wozu brauchen deine Kinder einen Luftballon — ihnen und dir gaukelt's ohnehin grün und blau vor Augen.

Man hört die Preise und geht weiter — es ist der Jahrmarkt der Milliardäre. Und Milliardäre, die kein Geld haben, ziehen auf und nieder.

Auf dem Wilhelmplatz ist ein Notjahrmarkt entstanden. Vor dem Japanischen Palais kreist ein Karussell, taumelt eine Luftschaukel, knallen Schießbuden. Die Schausteller, die nicht mehr reisen können, haben sich dort für die Oktobertage niedergelassen. Die Jahrmarktswanderer drängen sich um die Buden. Ein kleiner Knirps von acht Jahren zwängt sich durchs Gedränge und hebt die Hände bittend von Mann zu Mann: „Ach, bitte, schenken Sie mir 20 Millionen — ich möchte so gern einmal Karussell fahren!" Die Milliardäre aber lachen zu dem Jungen herunter und gehen langsam weiter — wen überrascht es noch, daß ein Kind um Millionen bettelt . . .

Brotversorgung und Brotpreisbildung

Daß die Aufhebung der bis zum 15. Oktober bestandenen Getreide- und Brotbewirtschaftung ein riesiger Fehler war, wird jetzt wohl jedem klar, der nicht gerade aus rein egoistischen Interessen und Profitgier oder als blindwütiger Anhänger jeder sogenannten „freien" Wirtschaft für die Beseitigung der gebundenen Wirtschaftsweise auch für diesen Teil der Lebensmittelversorgung eingetreten ist. Allen Warnungen entgegen, und ausgerechnet in dieser Zeit der entsetzlichen Preissteuerung und auch Warenknappheit auf dem Lebensmittelmarkt, wurde dieser Schritt gewagt. Der „Segen" der freien Wirtschaft wird nun auch sofort deutlich sichtbar. Bis zum 15. Oktober kostete ein Markenbrot 23 Millionen Mark, acht Tage später, am 22. Oktober, kostet ein Vierpfundbrot 1350 bis 1500 Millionen Mark. Bis 15. Oktober bestand eine noch einigermaßen geregelte Versorgung der Bevölkerung mit Brot, am 20. und 21. Oktober beginnt die Hetzjagd nach jedem einzelnen Brote. Glückliche Hamsterer erhaschten mehrere Brote über den täglichen Bedarf hinaus; arme Frauen, die zu Hause mehrere hungrige Mäuler zu stopfen hatten, irrten am Freitag verzweifelt von Brotladen zu Brotladen und bekamen kein Brot. Glückliche Spekulanten kauften am Freitag noch vier bis fünf Brote mit 500 Millionen Mark das Stück, arme Frauen mit kinderreicher Familie zahlten am Sonnabend für ein Brot 1360 bis 1500 Millionen Mark. Mancher Glückliche verdiente bei der Hetzjagd nach Brot vom Freitag zum Sonnabend mehrere Milliarden Mark.

So kann es nicht weitergehen. Hier hat die Gemeinde regelnd einzugreifen. Das Brot darf nicht länger das Objekt wilder Spekulation sein. Haben die Behörden zunächst nicht mehr das Recht der Brotpreisfestsetzung im bisherigen Maße, so haben sie aber ohne Zweifel das Recht, die Verteilung zu regeln und die Brotpreisbildung in der schärfsten Weise zu überwachen. Beides ist nicht schwer für die Gemeinde. Noch sind die Einrichtungen der früheren Brotmarkenverteilung vorhanden. Sie müssen dazu benutzt werden, minderbemittelte Schichten davor zu schützen, daß bessersituierte Leute ihnen das wohlfeilere Brot stets vor der Nase wegkaufen und die Aermeren nicht nur am nächsten Tage das wesentlich teuere Brot kaufen müssen, sondern vor der Gefahr stehen, tagelang kein Brot zu bekommen. Jeder Rechnende weiß heute, daß der Brotpreis sich den Teuerungsverhältnissen anpaßt, jeder, der es kann, trifft dementsprechend seine Maßnahmen. Die Besitzende scheuen sich heute gar nicht, den [illegible] mit auskaufen zu helfen, rücksichtslos drängen sie ärmere Leute hinweg. Schon macht sich der Verkauf auf der Straße breit. Keine Gemeinde darf diesen Zuständen auch nur einen Tag länger untätig zusehen.

Und die Brotpreisbildung! Schon wieder hören wir das berühmte Schlagwort vom „Wiederbeschaffungspreis" aus den Reihen der Bäckermeister und der sonstigen brotherstellenden Betriebe. Der Sonnabendpreis ist bereits die Frucht dieses Bestrebens, auch bei der Brotherstellung den „Wiederbeschaffungspreis" einzukalkulieren. Unbekümmert um den tatsächlichen Einkaufspreis, wird bei der Brotpreiskalkulation der am Tage der Brotherstellung an der Börse notierte Mehlpreis zugrunde gelegt, obwohl das Mehl für das hergestellte Brot in den meisten Fällen

---

38

Der Schwärmer von Bazancourt

Von Otto Thielemann

Er suchte ihn jedwede Nacht in diesem Zimmer auf und gab nicht eher Ruhe, als bis er nicht die zugeschworene Rache befriedigt haben würde. Und alles lebte Christophe mit. Er kam mit bittend aufgehobenen Händen, wenn er am Tage fromm gewesen war und seine Not der Jungfrau anvertraute; er stand wie lauschend in der Ecke und drängte ärgerlich, wenn er den Tag mit Warten auf dem Turm verbrachte und selbst bemerkte, daß die Front zu langsam vorwärts kam. So wie er haßte, haßte Christophe auch, und wenn er bebte, bebte Christophe mit. Sie lebten miteinander. Sie waren immer einer Meinung. Sie waren eins. Er war ja ganz er selbst. Er wußte, daß er heute zornig kommen würde, er würde donnernd eine Flut schmählicher Klagen über ihn ergießen. Er würde von dem Toten hören, daß er nicht verhindert habe, daß seine Tochter sich an hergelaufene Kerle hängte, und daß es endlich Zeit für seine Rache sei. Vielleicht auch konnte er das grauenhafte Wort der Gattin wiederholen . . . er . . . habe . . . seinen . . . Sohn . . . getötet!

Das durfte niemals sein! Das wollte er nicht hören! Nein! Nein! Die Tat, nach der sich Christophe sehnte, war nicht vergessen worden. Er freute sich auf seine Rache. Doch mußten erst die Freunde kommen. Das war jetzt alles, und das wollte er auch sehen. Er warf sich vor, hier faul im Bett zu liegen, derweil die Brüder kämpften, und ob er nicht das kleine Opfer bringen könne, zum Schlaf sei immer Zeit genug; es wären doch nur Tage, dann sei die Rache da.

Die mühsam aufgebrachten Vorwürfe und Selbstbeschuldigungen erfreuten ihn. Sie gaben ihm Gelegenheit, die enge Stube zu verlassen, und verschleierten die große Angst vor seinen Phantasien.

Vorsichtig strich er durch die Gärten nach der Kirche.

Er hatte sich in das Gebälk des Turmes gesetzt und stundenlang hinausgestarrt.

Die reine Nachtluft trug das Dröhnen der kämpfenden Armeen an sein Ohr. Er sah, wie von verschiedenen Seiten Scheinwerfer mit den weißen Armen an dunklen Wolken tasteten und suchend durch den Himmel glitten, und als die Abwehrbatterien dann mit ihren kläffenden Geschossen die Flieger einzukreisen suchten, die Bomben krachend in dem Dorfe niederfielen, und er an seinen Wangen und auf der Brust kurz einen Luftdruck wahrzunehmen glaubte, erhielt er doch einen recht eigenartigen Eindruck von dem Kampf, den er so heiß ersehnte. Erstaunt hatte er das Dorf taghell beleuchtet vor sich liegen sehen, als die schwebende Lichtbombe den märchenhaften Schimmer minutenlang ausgoß, und fürchterlich hatte ihn das große Krachen der niedersausenden Geschosse erschreckt.

Die Nähe war doch anders, als er vermutet hatte. Er wurde etwas kleinlaut. Doch würde er sich schon gewöhnen. Es wurden ja so viele gegen ihren Willen hineingeschleppt und hielten aus. Ihm würde es viel leichter fallen. Er war schon sicher, daß beim nächsten Schlag er kaum noch zucken würde. Und als gälte es, noch eine Probe zu bestehen, hielt er auf seinem Posten aus. Doch nichts erfolgte mehr. Die Flieger zogen heimwärts. Das Vorspiel war zu Ende.

Als im Osten sich der Tag vom Boden hob und zögernd seine Wanderschaft begann, ging er nach Hause, um etwas noch zu schlafen.

Das Dorf lag unregsam, wie tot. Kurz vor dem Tag hat es die ruhigsten Minuten. Nur fern, die Front, das Ungeheuer, fand keinen Schlaf und knurrte unablässig wütend weiter.

* *

Abends haben die Dinge ein andres Gesicht als am frühen Morgen, das war es, was Vogelsang empfand, als er am nächsten Tage an dem Fenster stand und in das graue Regenwetter sah. Es krochen Zweifel durch sein Hirn. Dem Licht, besonders diesem trüben, halten die Träume niemals stand; bei Sonnenschein im Frühling ist es schon leichter, selbst am Tag zu träumen. Hier aber, im Septemberregen, bleibt nur das nüchterne Gerippe. Das Fleisch, die Farbe und die Schönheit, die das Skelett bei Nacht in Herrlichkeit umkleiden, verschwinden vor dem Tag. Das warme Blut des Lebens, das nachts durch die Phantome fließt, versickert gegen Morgen. Der Schleier fällt, und nur das Erdenhafte bleibt.

Es ist zwar richtig: Er hat Yvonne geküßt; er liebt sie auch. Doch wird auch ihre Liebe dauernd sein? Wird ihre Liebe fähig werden, die Schwierigkeiten, die sich ihr entgegenstellen, und die bei langem Denken sich immer höher türmen, mit leichtem Mut zu überwinden? Die fremde Sprache für Yvonne? Der Aufenthalt in einer unbekannten Stadt? Wird er sie fesseln können, ein ganzes langes Leben? Es ging ihm so wie einem Mann, der einer süßen Melodie gelauscht, der ewig lauschen möchte, und der dann plötzlich durch das Beifallklatschen der Menge aus den Träumen fährt und trauernd einsehen muß: Das Spiel ist aus.

Für Vogelsang war dieser Morgen ein Sturz in kaltes Wasser. Er wollte nichts mehr denken . . . es war ja doch nur wirres Zeug . . . ehe er nicht wußte, was mit seinem Freunde geschehen war.

Noch vor dem Dienst ging er nach dem Verbandsplatz. Er traf den kleinen Leutnant auf dem Flur, den er bei jener Ordensfeier im Haus des Kantors schon gesehen hatte. Sie fragten wie aus einem Munde einen vorübereilenden Assistenzarzt nach dem Unteroffizier Jäger.

„Wer ist das?" fragte der Arzt etwas ungeduldig wieder.

„Der diese Nacht durch eine Bombe hier im Ort verletzte Unteroffizier," antwortete Vogelsang sehr schnell.

„Der ist tot. Ich glaube, Beerdigung um vier. Der Pfarrer wohnt dort hinten, letzte Tür." Dann folgte eine kurze Verbeugung gegen den jungen Offizier und er verschwand im Hof.

„Kannten Sie Unteroffizier Jäger auch?" fragte der Leutnant.

„Er war mein Freund."

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19231022/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die Wählerlisten liegen in dieser Woche von vormittag 9 bis nachmittag 5 Uhr aus. Wer nicht in der Wählerliste steht, darf nicht wählen!

...nun das zehn Tage früher gekauft wurde. Für Getreide und Mehl ist Notmarktlage anerkannt, damit auch für das Brot und die Brötchen. Jetzt ist es Aufgabe der Preisprüfungsstellen, streng nachzuprüfen, inwieweit die geforderten Preise angemessen sind. Die Kommunalverbände, denen bisher die Brotbewirtschaftung für Markenbrot oblag, dürften jetzt nicht die Hände in den Schoß legen. Sie müßten die örtlichen Preisprüfungsstellen bei der Ueberwachung nicht nur unterstützen, nicht nur ihre gesammelten Erfahrungen im Interesse einer angemessenen Preisbildung den Preisprüfungsstellen dienstbar machen, sondern selbst geeignete Maßnahmen treffen und Verordnungen im Rahmen des Möglichen zum Schutze der Verbraucher erlassen. Für die Preisprüfung besteht die Möglichkeit einer genauen Nachprüfung, da die Landespreisprüfungsstelle schon seit Anfang des Jahres den Kommunalverbänden und örtlichen Preisprüfungsstellen Normalkalkulationen für die Brotpreisbildung zustellte. Diese Normalkalkulation, die 15. Oktober in der Hauptsache auf Markenbrot abgestellt, ist auch für das markenfreie Brot anwendbar und wird bei der Nachprüfung gute Dienste leisten. Die Preisprüfungsstellen sind in der Lage, in den bezirksfreien Städten bei deren Lebensmittelämtern und in den andern Gemeinden bei den Amtshauptmannschaften genaue Erkundigungen über die Handhabung dieser Normalkalkulation einzuziehen. Im Interesse der Verbraucher versäume man diese Möglichkeit nicht. Die Normalkalkulation ermöglicht es, unter Einsetzung des tatsächlich gezahlten Mehlpreises und den sogenannten Backlohn, der in 16 Positionen gegliedert, alles umfaßt, was zur Herstellung des Brotes dient, den Brotpreis entsprechend den örtlichen Verhältnissen genau zu errechnen. Außerdem ist zu jeder Position der Backlohnberechnung eine besondere Erläuterung gegeben. Den örtlichen Preisprüfungsstellen eröffnet sich damit die Möglichkeit, die wenn auch nicht angenehme, so aber doch im Verbraucherinteresse notwendige Aufgabe der strengsten Preisprüfung vorzunehmen.

In einem späteren Artikel soll noch etwas mehr über die Regelung der Brotversorgung und Brotpreisbildung gesagt werden.

* * *

Der Gemeindeverband Dresden und Umgebung teilt mit: Der am 16. Oktober eingetretene Wegfall der Brotversorgung auf Marken hat in der Bevölkerung eine erhebliche Unruhe gezeitigt. Diese Unruhe ist unbegründet, da die für die Brotversorgung zuständigen Stellen mit Mehl so eingedeckt sind, daß eine ordnungsmäßige Brotversorgung gewährleistet ist. Das Polizeipräsidium Dresden hat auf Ersuchen des Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung den polizeilichen Schutz der Mehl- und Brotwagen auf dem Wege von der Mühle und Brotfabrik nach den Geschäften zugesichert. Der Brotverkauf ab Brotwagen wird deshalb von heute Montag an nicht mehr zugelassen.

* * *

Zufolge des enormen Anstiegs der Brotpreise wird die Landespreisprüfungsstelle sofort mit dem Bäckerinnungsverband Dresden, den Konsumvereinsbäckereien und den Brotfabriken in Unterhandlungen eintreten, um zu prüfen, ob und inwieweit diese Brotpreissteigerung gerechtfertigt ist. Die örtlichen Preisprüfungsstellen seien nochmals darauf verwiesen, daß bis zu weitrer Mitteilung durch die Landespreisprüfungsstelle bei der Nachprüfung des Brotpreises in den örtlichen Bezirken die Normalkalkulation für Markenbrot zugrunde zu legen ist. Auch kann, bis weitre Mitteilung eintrifft, an Stelle des bisher eingesetzten Meisterlohnes (15—20 Proz. des Gesellenlohnes) bis zu 4 Proz. Bruttogewinn eingesetzt werden. Weitere Mitteilung erfolgt sofort nach Verständigung mit den vorbezeichneten Organisationen.

Aufsichtsratswahlen im Konsumverein Vorwärts

Die 1. ordentliche Vertreterversammlung des Konsumvereins Vorwärts befaßte sich am Sonntag an Hand des Geschäftsberichtes mit der gegenwärtigen schwierigen, wirtschaftlichen Lage und dem Mangel an Betriebskapital, der eine ausreichende Beschaffung von Lebensmitteln, insbesondere Zucker, Brot und Kartoffeln verhindert. Die Vertreterversammlung ermächtigte den Vorstand, die in Aussicht stehenden Kredite in Anspruch zu nehmen, darüber hinaus aber alle noch in Beschäftigung stehenden Mitglieder aufzufordern, schnelle und möglichst hohe Einzahlungen auf den Geschäftsanteil zu leisten. (Ein eingehender Bericht folgt nach.)

Die Wahl zum Aufsichtsrat hatte folgendes Ergebnis. Es erhielten Stimmen: Grille 347, Hirt 342, Berthold 338, Albani 337, Starke 335, Göllner 335, Brühl 333, Krumpe 327, Fleißner 312, Graf 310, Förster 307, Lukas 302, Manhardt 285, Hendrich 264, Scheinpflug 289, Krüger 281, Hahn 270, Kotschke 276, Langmaak 245, Ritzsche 221, Pilz 230, Kolbach 228, Gendert 224, Hacker 218, Urban 209, Fräßdorf 197. Die Vorgenannten erhielten die absolute Stimmenmehrheit und gelten als gewählt. Weiter erhielten Stimmen: Barthel 178, Becker 161, Schönfelder 146, Schrapel 146, Nicolai 139, Günther 122, Schwabe 116, Kühnel 117, Schöne 128, Friebel 102, Etling 101. Die übrigen Kandidaten erhielten weniger als 100 Stimmen.

Um die Wohnungszwangswirtschaft

Der drohende Abbau der Wohnungszwangswirtschaft hatte den Landesverband Sachsen im Bund Deutscher Mietervereine zu einer Veranstaltung im großen Vereinshaussaale am Sonnabend veranlaßt, zu der auch die Staats- und Gemeindebehörden sowie die Vertreter der politischen Parteien und der Gewerkschaften eingeladen waren. Ueber das Thema „Ueber Mieterschutz oder Goldmiete zum Wohnungsneubau?" sprach der zweite Bundesvorsitzende Rechtsanwalt Groß. Er wandte sich gegen alle Bestrebungen, noch vor 1926 die Mieterschutzgesetze zu Fall zu bringen. Niemand habe geglaubt, daß sich die Reichsregierung mit so weitgehenden Plänen trage, wie sie nunmehr ihrem am letzten Montag bekanntgegebenen Beschluß zugrunde liegen, neue Richtlinien für die Umgestaltung des Wohnungswesens aufzustellen und die Mieten mit dem Lebenshaltungsindex aufzubessern. Es laufe dies auf die Rückbildung der Wohnungszwangswirtschaft in die freie Wirtschaft und auf Zahlung von Goldmieten hinaus. Auch Goldmieten würden uns aus dem heutigen Wohnungselend nicht herausführen. Wenn das Reichsmietengesetz bis heute noch nicht die Neubaufrage gelöst habe, so sei nicht das Gesetz schuld, sondern die Reichsregierung, die sich bis heute noch nicht habe überzeugen lassen, daß der Wohnungsneubau nicht mehr Sache des Privatkapitals sein kann. Dem Reichstag habe die erforderliche Entschlußkraft gefehlt. Eine freie Wirtschaft dürfe es auf dem Gebiete des Wohnungswesens nicht mehr geben. Es fehle ein Wohnungswirtschaftsgesetz und ein Reichswohnungskommissar.

Nach kurzer Aussprache wurde mit großer Mehrheit folgende Entschließung angenommen: „Die Vertreter der Mieterschaft von Groß-Dresden und den Gemeinden des oberen und unteren Elbtals sowie des Plauenschen Grundes protestieren schärfstens gegen die Wohnungspolitik des Reichsrats und der Reichsregierung, insbesondere des Reichsarbeitsministeriums, mit der den Mietern in Neubauten vom 1. Oktober d. J. an der Mieterschutz, den sie bis dahin hatten, genommen worden ist. Die Mieterschaft fordert gleichen Schutz für alle Mieter, sie verwahrt sich dagegen, daß Mieter 2. Grades geschaffen werden. Gegenüber den Plänen der Reichsregierung, das Reichsmietengesetz in wesentlichen Punkten, insbesondere bezüglich der Berechnung der gesetzlichen Miete, aufzuheben und damit die Mieterschaft um ihr schwererkämpftes Recht auf Abrechnung und Kontrolle in der Hausbewirtschaftung sowie um die Mietervertretung zu bringen, kündigt die Mieterschaft den allerschärfsten Widerstand an. Sie wird einen Rückfall in die Wohnwirtschaftszustände der Vorkriegszeit nicht ruhig hinnehmen.

Die Reichsregierung plant, die Friedensmieten in kurzen Fristen stoßweise auf Goldmarkpreise zu erhöhen und gibt sich der trügerischen Hoffnung hin, damit den Wohnungsneubau zu beleben. Die Mieterschaft warnt eindringlichst vor solchen Experimenten. Unsre maßlos geschwächte Volkswirtschaft ist auf Jahre hinaus völlig außerstande, eine jährliche Hausrente von 5 Milliarden Goldmark neben den hohen Kosten für die Bewirtschaftung und Unterhaltung der Häuser aufzubringen. Das Privatkapital wird selbst durch Gewährung von Goldzinsen nicht bereit sein, Anlage in Wohnhausneubauten zu suchen wegen des damit verbundenen Risikos und aus Mangel an Ersparungen in unsrer Volkswirtschaft. Der Wohnungsneubau kann nach Lage der Verhältnisse nur Sache der Allgemeinheit sein. Die Allgemeinheit muß infolgedessen auch die Mittel für die erforderlichen Neubauten aufbringen. Die Wohnungsbauabgabe, die sich wesentlich infolge der rasch fortschreitenden Geldentwertung als unzulänglich erwiesen hat, muß der Leistungsfähigkeit der Abgabepflichtigen, also dem Einkommen angepaßt werden, außerdem müßten die in den vorhandenen Gebäuden enthaltenen Sachwerte durch Belegung mit einer Grundrente und Belastung mit einer Reichsgrundschuld erfaßt werden.

Angesichts der von Monat zu Monat wachsenden Wohnungsnot und der Hoffnungslosigkeit der Wohnungslosen ist der Wohnungsneubau neben der Nahrungsmittelbeschaffung das dringendste Gebot der Stunde."

Eine Minderheit, die dagegen stimmte, hielt noch schärfere Maßnahmen für notwendig.

* * *

Auf die kürzlich auch von uns veröffentlichte Zuschrift des Mietbewohnervereins erwidert das Dresdner Wohnungsamt:

Die Erwiderung des Mietbewohnervereins trifft das Wesentliche nicht. Wenn der Mietbewohnerverein in seiner Erwiderung sagt, es handle sich nicht um die absolute Höhe der Miete, sondern um das System, so übersieht er, daß dieses System durch die Sächsische Ausführungsverordnung mit Zustimmung der Mieter vorgeschrieben worden ist. Seine Ansicht, daß die Landesverordnung ein andres System zulasse, kann nicht als zutreffend erachtet werden. Zur Frage der monatlichen Mietzinszahlung hatte sich das Wohnungsamt gegen die Ausführungen der Mieterzeitung gewendet, daß es eine Weltfremdheit bedeute, den Mietern zuzumuten, beim Hauswirt auf einen Bittgang vorzusprechen, die Mieter forderten nicht Gnade oder Rücksicht, sondern ihr Recht. Der Rat hat hierzu darauf hingewiesen, daß er sich dafür ausgesprochen hatte, daß den Mietern dieses Recht gegeben werden sollte, daß aber die Mieter es nicht haben wollten. Die Erwiderung des Mietbewohnervereins versucht lediglich zu begründen, warum die Mieter das Recht nicht haben wollten, bietet aber keine Rechtfertigung des unsachlichen Vorwurfs der Mieterzeitung gegen den Rat. Es muß somit erneut festgestellt werden, daß die Dresdner Mieterzeitung sachlich nicht gerechtfertigte Vorwürfe gegen den Rat erhoben hat.

Stadtverordnetenfraktion. Heute abend 6 Uhr, Fraktionssitzung.

Ein übler Nachrichtenjäger. Wir haben schon wiederholt Gelegenheit gehabt, uns mit den oft zweifelhaften journalistischen Praktiken des Herrn Dr. Bandmann zu beschäftigen. **Jetzt ist Herrn Bandmann mit Zustimmung der Journalisten-Organisation die Karte zur Pressetribüne des Landtages entzogen worden, weil dieser Herr versucht hatte, eine Angestellte des Landtages zu einem groben Vertrauensbruch zu verleiten.**

Erhöhung des Großhandelspreisniveaus um 129,1 v. H. In der abgelaufenen Berichtswoche (beginnend mit Sonnabend, dem 13., und endend mit Freitag, dem 19. Oktober) hat sich der Großhandelspreisindex der Industrie- und Handelszeitung von 856 725 690,07 auf 1 962 381 423,28, also **um 129,1 Prozent erhöht. Das Verhältnis des Preisspiegels zum Dollarkursniveau in seiner Entwicklung zeigen nachstehende Uebersichten.**

(+) Steigerung, (—) Abnahme gegenüber der Vorwoche in v. H.	29. 9. bis 5. 10.	6. 10. bis 12. 10.	13. 10. bis 19. 10.
Großhandels-Preisniveau	+ 173,5	+ 539,8	+ 129,1
Dollarkursniveau	+ 300,0	+ 553,9	+ 136,2

Das Kubikmeter Gas 500 Millionen. Der Preis für die Gasgutscheine ist vom heutigen Montag an auf 500 000 000 M. für einen Kubikmeter festgesetzt worden. Aenderung der Preise muß vorbehalten werden. Die Bekanntgabe der Preise für die am Anfang der laufenden Woche erfolgenden Ablesungen kann erst am Dienstag erfolgen, da bisher das Ergebnis der Vorherberechnungen infolge der unaufhaltbaren Geldentwertung sich stets als ungenügend erwiesen hat. Die entsprechende Bekanntmachung wird am Dienstag oder Mittwoch erfolgen.

Grundsteuer und Wohnungsbauabgabe. Die Bewohner der Stadtteile Coschütz, Dobritz, Kleinpestitz, Mockritz, Naußlitz, Niedergorbitz, Obergorbitz, Prohlis, Reick, Rochwitz, Stetzsch, Torna, Trachenberge und Wölfnitz können die bis spätestens 27. Oktober zu zahlende staatliche Grundsteuer nebst Gemeindezuschlag für die ersten drei Termine des Rechnungsjahres 1923 (zusammen 281 250 M. für je 1000 M. des Steuerwertes), sowie die Sonderzuschläge zur Wohnungsbauabgabe für die am 15. Mai und 15. August fällig gewesenen Raten (zusammen das 100 000fache der Jahresfriedensmiete) am 27. Oktober, vorm. 8½ bis mittags 1 Uhr, in den ihnen nahegelegenen, nur zu Terminstagen geöffneten Steuerstellen bezahlen.

Die neuesten Bierpreise. Die Dresdner Gastwirtsvereinigung hat folgende Mindestpreise für hiesige Biere, gültig vom Sonnabend den 20. Oktober an, festgesetzt: Einfach Bier: 1 Glas 217,5 Millionen Mark, 1 Schnitt 164 Millionen Mark, 1 Liter über die Straße 435 Millionen Mark; Vollbier (Böhmisch und Lager): 1 Glas 270 Millionen Mark, 1 Schnitt 202,5 Millionen Mark, 1 Liter über die Straße 540 Millionen Mark; Spezial (hiesiges Kulmbacher oder Münchner): 1 Glas 337,5 Millionen Mark, ein Schnitt 253,5 Millionen Mark, 1 Liter über die Straße 675 Millionen Mark. Für echtes Kulmbacher gelten von gestern, Sonntag, an folgende Mindestpreise: 3/20 310 Millionen Mark, 4/10 360 Millionen Mark.

Kohlen- und Kleiderhilfe. Für die im Rahmen der Notgemeinschaft in unsrer Stadt eingeleitete Sammlung zur „Kohlen- und Kleiderhilfe" haben die besoldeten Ratsmitglieder 35 Milliarden Mark durch Gehaltsabzüge zur Verfügung gestellt. Sie wollen, obwohl die Geldentwertung natürlich auch ihnen Sorge bereitet, im Interesse ihrer notleidenden Mitbürger ein Beispiel für alle übrigen Kreise der Bevölkerung geben und haben deshalb auch die Veröffentlichung genehmigt.

Diebstähle auf dem Lande. In Hennersdorf bei Schmiedeberg wurde ein Einsteigdiebstahl verübt und aus den im ersten Stockwerk befindlichen Räumen eines landwirtschaftlichen Grundstückes alle möglichen Sachen, wie Wäsche, Kleidungsstücke, Seife, Sohlenleder, Strümpfe und Schuhwerk, Uhren und Schmucksachen und sonstige Dinge von beträchtlichem Werte, gestohlen. Die umfangreiche Beute wurde in Säcke verpackt und dann auf einem gleichfalls gestohlenen Handwagen weggefahren. — Treibriemendiebstähle wurden in den letzten Nächten in Scheunen in Ullersdorf bei Radeberg, Hintergersdorf bei Tharandt und in Großdobritz bei Meißen sowie in Fabrikbetrieben in Heidenau und Wiesa zur Ausführung gebracht und dabei durchweg großer Schaden angerichtet. — Unbekannte Spitzbuben räumten in Eschdorf das Pökelfaß eines Gutsbesitzers aus und erlangten dabei rund zwei Zentner Fleisch. — Aus dem Maschinensaal eines Freitaler Fabrikbetriebes wurde eine elektrische Handbohrmaschine (Fabrikat Siemens-Schuckert) gestohlen.

Bayerische Malze in Packungen als erstklassige Maulschmelzschokolade verkauft zu haben waren die Produktenhändler Paul Max Hüllmann und Ludwig Max Tuchenhagen angeklagt. Obgleich beide jede Schuld bestritten, war das Dresdner Schöffengericht doch entgegengesetzter Meinung und verurteilte Hüllmann und Tuchenhagen zu je 50 Milliarden Mark Geldstrafe, auch wurde die Publikation im Dresdner Anzeiger und in der Volkszeitung angeordnet.

Vereins- und Versammlungs-Kalender

Weltliche Schule innere Neustadt. Mittwoch den 24. Oktober, abends 7½ Uhr, im Jugendheim, Oppellstraße 12 I, spricht Bezirksschulrat Arzt über: Jugendweihe und Konfirmation. Nachdem: Gesangs- und Sprechvorträge.

Freidenker. Montag den 22. Oktober, abends 7½ Uhr, im Westendschlößchen, Dresden-Plauen, Dienstag den 23. Oktober, abends 7½ Uhr, in der Reichskrone, Dresden-Neustadt öffentliche Vorträge der ersten [illegible]forscher. Debatteredner werden nach Möglichkeit von uns gestellt.

Starke Erhöhung des Silberankaufspreises. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank erfolgt vom 22. Oktober an bis auf weiteres zum einmilliardenfachen Betrage des Nennwertes gegen den 400millionenfachen Betrag vom 15. bis 20. Oktober.

Das Hauptversorgungsamt Dresden und das Versorgungsamt Dresden bleiben bis auf weiteres aus dienstlichen Gründen für jeden öffentlichen Verkehr — auch Dienstags und Freitags — geschlossen. Anträge sind schriftlich zu stellen.

Sofortige Bezahlung der Gas-, Wasser- und Stromrechnungen. Infolge der täglichen Entwertung der Papiermark kann die bisherige Zahlungsfrist von drei Tagen für die Begleichung der Gas-, Wasser- und Stromrechnungen nicht mehr gewährt werden. Die Zahlung zu dem angegebenen Rechnungsbetrage ist nur noch am Tage nach der Zustellung gültig. Bei späterer Begleichung wird für das Kubikmeter Gas Zahlung zu dem am Tage des Geldeinganges gültigen Verkaufspreis für 1-Kubikmeter-Gasgutschein erhoben.

Raub im Helfenberger Grund. Sonnabend den 20. Oktober, abends gegen 9¼ Uhr, wurde im Helfenberger Grund in der Höhe des dortigen Blockhauses auf ein Geschirr aus Leuben, das 10 Zentner Kartoffeln geladen hatte, ein Raubüberfall verübt. Aus dem Gebüsch kamen etwa 14 Männer, die das Geschirr anhielten, die Kartoffeln vom Wagen raubten und damit im Gebüsch verschwanden. Zwischen dem Geschirrführer mit seinem Begleitmann und den Räubern hat ein starker Kampf stattgefunden, wobei einer der Täter an beiden Backen starke Kratzwunden davongetragen haben dürfte. Mitteilungen hierzu werden an den Gendarmeriestandort Schönfeld oder die nächste Polizeistelle erbeten.

Diebstahl auf dem Friedhofe. In der Nacht zum 15. Oktober wurden auf dem Friedhofe in Dresden-Briesnitz von einer Gruft 8 Stück Bronzegitter und 2 Stück ovale, kranzförmige Bronzeverzierungen im Werte von mehreren Milliarden Mark gestohlen. Die Kriminaldienststelle in Cotta, Lübecker Straße, nimmt hierzu sachdienliche Mitteilungen entgegen.

Sturz von der Schaukel. Ein in der Rietschelstraße wohnhafter erwerbsloser Invalid stürzte am Sonntag abend von einer Kettenschaukel auf den Fußboden hinab und blieb besinnungslos und schwer verletzt liegen. Der 24 Jahre alte Mann wurde vom Wilhelmplatz, wo das Unglück geschah, mit Sanitätswagen, dem Krankenhause Friedrichstadt zugeführt.

Selbstmord. In ihrer in der Förstereistraße gelegenen Wohnung wurde am Sonnabend eine 55jährige Ehefrau mit Leuchtgas vergiftet entseelt aufgefunden. Da bei ihr bereits Totenstarre eingetreten war, wurde von Wiederbelebungsversuchen abgesehen.

Aktentasche verloren. Sonnabend nachmittag ist beim Aussteigen aus der Kleinbahn in Hainsberg eine Aktentasche verloren gegangen. Dem Verlierer sind die Akten noch wertvoller als die Tasche. Um Rückerstattung der Akten wird gebeten. Belohnung ist die Tasche.

Niedersedlitz. Die Neu- bzw. Wiederanmeldungen zur Milchverbilligung sind unter Vorlegung der Lohnnachweise bis spätestens Sonnabend den 27. Oktober im Rathaus, Zimmer 4, zu bewirken. Nachmeldungen bleiben unberücksichtigt.

Aus dem Parteileben

Zum Gemeindewahlkampf

Der Landesarbeitsausschuß bringt heute das Material für den Landtagswahlkampf unter dem Titel „Die Gemeindereform". Wir empfehlen allen Genossen, besonders den Referenten, diese Artikel zu sammeln und sie im Wahlkampfe gründlichst zu verwerten. Der Bezirksvorstand.

Groß-Dresden

Stadtverordnetenkandidaten. Die Zustimmungserklärungen für die Kandidatenliste sind von einigen Kandidaten noch nicht eingegangen. Dieselben müssen spätestens heute Montag abend in der Vorstandssitzung im Volkshaus, Zimmer 3, abgegeben werden.

Kinderschutzkommission Klotzsche-Hellerau. Fachausschuß des Arbeiter-Wohlfahrtsausschusses. Mittwoch Wanderung in die Heide. Stellen der Kinder: 2 Uhr an der Oberförsterei. Bei ungünstiger Witterung Donnerstag.

Frauengruppe Striesen 2, 3 und 4. Mittwoch, abends 7½ Uhr, im Schillerhof Frauenabend mit Vortrag. Genossinnen, erscheint recht zahlreich. Kein Trinkzwang.

Gruppe Naußlitz. Mittwoch den 24. Oktober, abends 7 Uhr, Zusammenkunft aller Genossen und Genossinnen, die bereit sind, bei der Gemeinderatswahl mitzuhelfen. Tagesordnung: Gemeinderatswahl.

Bezirk Neustadt. Die nächste Bezirksausschußsitzung findet besonderer Umstände halber Dienstag den 30. Oktober statt. Leser dieser Notiz sind verpflichtet, es ihren Gruppendelegierten mitzuteilen. Erscheinen aller ist Pflicht.

Kinderschutzkommission Trachenberge. Die Kinder treffen sich nächsten Mittwoch, nachmittags 2½ Uhr, auf dem Hubertusplatz.

Gruppe Tolkewitz. Zur Einsichtnahme in die Wählerliste haben sich bereiterklärt: Genosse Kaiser, Konsum, Salbachstraße, Genosse Kunath, Heidenauer Straße 9, part.

Gruppe Cotta. Unsern Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser langjähriger, treuer Genosse Alfred Ulbricht, Klopstockstraße, an Herzschlag verschieden ist. Die Einäscherung findet heute Montag, 4¾ Uhr, im Krematorium statt.

Jungsozialisten. Gruppe Mickten-Pieschen. Dienstag den 23. Oktober, abends 7½ Uhr, im Ratskeller Alttrachau Arbeitsabend. Thema: Soziale Literatur. Genosse Paul Hallmann liest Ernst Tollers Drama: Der deutsche Hinkemann. Gäste sind willkommen.

VVK Dienstag den 23. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 1, gemeinsame Sitzung mit dem neugegründeten Bildungsausschuß der V.S.P.D. Groß-Dresden.

Sport • Spiel • Körperpflege

Fußballresultate. Spielvereinigung 1—Coßmannsdorf 1 1:3, Deuben 1—Helios 1 3:2, Heidenau 1—Cotta 1 1:3, Sportfreunde Kaditz 1—Pieschen 1 3:3, Vorwärts Loschwitz 1—Dresden-Süd 1 1:0, Cossebaude 1—Langebrück 1 7:1, Uebigau 1—Kreischa 1 5:3, Sportfreunde 3—Cossebaude 2 1:2, Sportfreunde 1 Jug.—Weixdorf 1 Jug. 2:0, Spielvereinigung 3—Alemannia 3 2:3 (abgeb.), Neustadt 3—Cotta 3 0:3, Loschwitz 1 Jug.—Neustadt 3 Jug. 4:0, Loschwitz 1 Jug.—Rähnitz 1 Jug. 5:1, Rabenau 1—Zauckerode 1 3:1, Rabenau 2—Deuben IV 0:0, Rabenau 1 Jug.—Deuben 1 Jug. 5:1.

Verantwortlich für Politik und Sachsen: Max Sachs; für Gewerkschaftliches: Hans Finkelbusch; für Dresdner Chronik, Aus der Umgebung: Franz Holzapfel; für den Unterhaltungsteil: Paul Mochmann, sämtlich in Dresden; für Lokales aus Freital: Richard Bombach, Wilsdruff; für Inserate: Max Wetzold, Dresden.
Druck und Verlag von Kaden & Comp., Dresden.

Wasserstände der Moldau, Iser, Eger und Elbe

	Meßort	20.	21.		Meßort	20.	21.
Moldau	Budweis . . .	— 20	fehlt	Elbe	Brandeis	+ 54	+ 38
Moldau	Modran . . .	— 12	— 20		Melnik . .	fehlt	+ 58
Iser	Jungbunzlau	+ 21	+ 20		Leitmeritz	+ 73	+ 63
Eger	Laun	+ 6	+ 1		Aussig . .	+ 51	+ 38
Elbe	Pardubitz . .	— 50	— 44		Dresden .	— 97	— 106

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19231022/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG